

Inhalt

- 4 | Vorwort**
- 5 | Einführung in die Tagung: Rechte und Politik in Europa**
Ulrike Obermayr (Bereichsleiterin Gewerkschaftliche Bildungsarbeit)
- 10 | Impulsreferat: Rechte Politik in Europa - Was machen die Gesellschaften**
Dr. Christian Weis (Politischer Sekretär des Funktionsbereichs Internationales und Europa beim IG Metall Vorstand)
- 20 | Impressionen Tag 1**

Länderreports, zur Situation in...
- 22 | Polen**
Prof. Dr. Tomasz Polak
Adam Mickiewicz Universität in Posen, Leiter des Zentrums für interdisziplinäre Studien
- 30 | Griechenland**
Prof. Dr. Georgis Tsiakalos
Aristoteles Universität Thessaloniki
- 36 | Impressionen Tag 2**
- 38 | Deutschland**
Prof. Dr. Benjamin Ortmeier
Johann Wolfgang Goethe - Universität Frankfurt/ Main
- 46 | Österreich**
Julian Bruns
Autor, promoviert z.zt. zum Thema „Faschistische Literatur in Neordeuropa 1918 - 1940“
- 56 | Impressionen Tag 3**
- 58 | Besichtigung**
Zeche Zollverein - Ausstellung 1914 - Mitten in Europa
- 60 | Auswertung und Diskussion**
- 64 | Impressum**

Vorwort



Die Ergebnisse der Wahlen zum europäischen Parlament 2014 haben auf parlamentarischer Ebene in Europa zu einer bedeutenden Stärkung der Rechten geführt. Insbesondere in Mittel- und Nordeuropa konnten Rechtsaußenparteien die Gunst der Wählerinnen und Wähler gewinnen. Die parlamentarische, europäische Rechte zeigt ein heterogenes Bild: Hier finden sich konservativ motivierte, europaskeptische und europafeindliche Gesinnungen, aber auch rechtspopulistische bis rechtsradikale Positionen.

Die IG Metall hat im Vorfeld der Europawahlen eine groß angelegte Wahlkampagne durchgeführt, die mit dem Slogan „Wählen gehen!“ zur Teilnahme an den Wahlen motivieren sollte. Das Anliegen der Kampagne war es, Marktradikalen und Rechtspopulisten möglichst viele Stimmen für ein soziales Europa entgegen zu setzen. In der Rückschau zeigt sich, dass die Wahlbeteiligung in Deutschland im Vergleich zu vorherigen Europawahlen höher und auch über dem europäischen Durchschnitt lag. Eine Stärkung der europäischen Rechten hat dies aber nicht verhindern können.

Dem Funktionsbereich gewerkschaftliche Bildungsarbeit war es ein Anliegen den Ausgang der Wahlen zum Anlass zu nehmen, um sich genauer mit der europäischen Rechten zu beschäftigen. Wir wollten dieses heterogene, politische Feld genauer sondieren. Und wir wollten genauer auf die gesellschaftlichen Ursachen und Bedingungen dieser politischen Entwicklung schauen. Gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern aus unserer Arbeit zur Initiative >Respekt! Kein Platz für Rassismus< und mit Kolleginnen und Kollegen aus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit haben wir uns dem Thema deshalb im Rahmen einer Tagung gewidmet.

Gleichermaßen ist es uns aber auch ein Anliegen, dass dieses Thema möglichst breit und nicht nur in unseren engeren Arbeitszusammenhängen diskutiert wird. Wir haben die Beiträge auf unserer Tagung sorgfältig dokumentiert und aufbereitet. Die nun vorliegende Dokumentation kann aus unserer Sicht Impulse und Grundlagen für eine weitere Diskussion liefern. Diese Diskussion ist aus unserer Sicht grundsätzlich nötig. Aber gerade auch geprägt von jüngeren Eindrücken, die wir von rechten Bewegungen in der Bundesrepublik bekommen konnten, unabdingbar. Zu diesen Eindrücken zählt - neben den Erfolgen der Alternative für Deutschland (AfD) bei den Landtagswahlen des letzten Jahres - aktuell auch der breite Zulauf, den die PEGIDA-Demonstrationen und deren bundesweite Ableger haben.

Dass die IG Metall mit ihren vielen aktiven Mitgliedern und Funktionärinnen und Funktionären eine aktive Gegenmacht zur europäischen Rechten darstellen kann, stellt Ulrike Obermayr in ihrem einleitenden Beitrag fest. Sie stellt gleichermaßen dar, dass das voraussetzungsvoll ist und einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema bedarf. In diesem Sinne kommen in dieser Broschüre neben Stimmen aus der IG Metall auch Experten aus dem europäischen In- und Ausland zu Wort. Wir wünschen Euch eine hoffentlich spannende Lektüre und freuen uns, wenn wir Euch tatsächlich Anregungen zum Nachdenken und Diskutieren geben können.

FB Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Einführung in die Tagung: Rechte Politik in Europa

Ulrike Obermayr



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich darf euch alle ganz herzlich zu der kleinen Tagung: Rechte Politik in Europa begrüßen. Der FB Gewerkschaftliche Bildungsarbeit koordiniert im vierten Jahr die Aktivitäten der IG Metall in Kooperation mit der Initiative Respekt! Kein Platz für Rassismus.

Von der Initiative ist der Kollege Klaus Rehm anwesend und bei Interesse kann sicher auch noch über die bisherigen Aktivitäten berichtet werden.

Neben der Koordination der Veranstaltungen sehen wir unsere Aufgabe darin, durch Bildungsangebote antirassistische Arbeit zu unterstützen und zu initiieren.

Daher auch das Anliegen noch mal nach der Europawahl genauer hinzuschauen, um Rückschlüsse und Anregungen für unsere Bildungsarbeit zu bekommen.

Ich würde mich gern in meinen Beitrag zunächst kurz auf den Veranstaltungsort beziehen, dann auf den Zusammenhang vom Umgang mit Flüchtlingen und rechter Politik.

In diesem Kontext sind aus meiner Sicht wesentliche Orientierungen erkennbar. Im letzten Teil würde ich gern noch einige Überlegungen zur Rolle der Bildungsarbeit darstellen.

Ja, wir haben euch hier an diesen Ort eingeladen, weil wir es in unseren Vorüberlegungen in zweifacher Hinsicht als anregend und passend empfunden haben.

Zunächst ist der Veranstaltungsort hier auf dem Gelände des Zeche Zollvereins wohl weltweit die einzige Anlage, an der sich die Komplexität dieses Industriezweigs (Kohle und Stahl) heute noch ablesen lässt. Die Zeche und die Kokerei sind deshalb Symbol für die Industriekultur im Ruhrgebiet und damit auch sehr eng verbunden mit der Geschichte der Industriegewerkschaften und damit auch der IG Metall. Der zweite Grund, der uns hierher geführt hat, ist die Ausstellung „1914 Mitten in Europa“, die hier auf dem Gelände bis zum 26. Oktober zu sehen ist. Das hundertjährige Jubiläum des Ausbruchs des 1. Weltkriegs war in den letzten Wochen Anlass zu zahlreichen Statements, Reden, Artikeln und historischen Betrachtungen, bei denen es auch um die damalige Propaganda- und Kriegsmaschinerie ging. Viele der Waffen wurden hier in der Rhein-Ruhr Region produziert. Das sicherte, man kann es nicht anders sagen, auch Arbeitsplätze. Aus heutiger Sicht klingt es wie eine Selbstverständlichkeit, und doch schämen wir uns ein bisschen, offen auszusprechen, wie katastrophal und sinnlos diese Produktion gewesen ist.

Mit dem Abstand von 100 Jahren schätzen wir uns glücklich, dass das Europa der Schützengräben der Vergangenheit angehört. Weit entfernt erscheinen uns Sarajevo, Löwen, Verdun oder die Schlacht bei Tannenberg; die deutsche Großmannssucht mit dem Kaiser an der Spitze, der preußische Milita-

asmus, die innereuropäischen Intimfeindschaften. Dieses Glück, dieser Fortschritt ist vielleicht das am stärksten empfundene einigende Band zwischen den europäischen Völkern, eine tragende Säule der Europäischen Union.

Und dennoch: während wir diesen Fortschritt feiern, erheben Nationalismus und Chauvinismus ihr Haupt und feiern ein Comeback in Europa, das noch vor kurzem niemand für möglich gehalten hätte. Insbesondere an der Asyl- und Flüchtlingspolitik, also wieder einmal an den schwächsten Gliedern der Gesellschaft, hat sich ein Fremdenhass entzündet, der sogleich alle anderen Formen chauvinistischer Ausgrenzung bis hin zum Antisemitismus befeuert. Schon wird die EU in Frage gestellt, zwar nur von einer Minderheit ihrer Bürger, aber von einer beträchtlichen’.

Anfang des Jahres 2014 haben uns Bilder ertrinkender Menschen von Lampedusa begleitet. Die Öffentlichkeit war für eine kurze Zeit schockiert. Flüchtlingsinitiativen, NGO's und einige Parteien forderten eine Reform der europäischen Flüchtlingspolitik. Frau Merkel sagte, es müsste etwas geschehen. Die Grünen zeigten sich beeindruckt, mit welcher Offenheit Christdemokraten das Thema behandelten. Man konnte sich Hoffnungen machen. Mit dem Ergebnis der Europawahlen sind diese Hoffnungen auf europäischer Ebene mit einem Schlag zunichte gemacht worden.

Die Umfragen hatten es bereits angekündigt, und das Schweizer Referendum gegen Einwanderung war, wenn auch knapp entschieden, ein denkbar schlechtes Menetekel. Nun haben wir es mit knapp 20 % Nationalisten, Rechtspopulisten, Rechtsextremen und Nazis im Europaparlament zu tun. Sie alle lehnen die EU ab, ihre Verträge, ihre Institutionen,

den EURO, die Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU, ihre gemeinsamen Werte, die demokratischen Grundrechte und natürlich auch eine gemeinsame und vielfältige europäische Kultur.

Was sie beinahe noch mehr eint, ist die Ablehnung des Asylrechts, die Beschwörung von Flüchtlingswellen und des angeblichen Missbrauchs der Grundrechte.

Vornehme Zurückhaltung ist bei den Rechten keine Tugend. Der hemmungsloseste Ausbruch, der bekannt geworden ist, kam von dem Niederländer Geert Wilders, der dafür möglicherweise ein paar Prozentpunkte bei der Wahl einbüßen musste.

Wilders brüllte auf einer Wahlkampfveranstaltung:

„Wollt ihr mehr oder weniger Europa?“

„Wollt ihr mehr oder weniger Bürokratie?“

„Wollt ihr mehr oder weniger Marokkaner?“

Das war nach Form und Inhalt – 100% Goebbels. Nicht weniger spektakulär war der Auftritt des französischen Front National nach der Wahl. Die Vorsitzende Marine Le Pen sieht die Europawahl als Etappe auf ihrem Weg, der sie 2017 in den Elysee Palast führen soll. Erst dann könne sie ihr Programm umsetzen, wie sie in einem Spiegel Interview erläutert¹.

Um Frankreich von dem „europäischen Monster“ oder der „europäischen Krake“ zu befreien, werde sie die EU zerstören, die Grenzen schließen und den Franc wieder einführen. Im österreichischen „Kurier“² kündigte sie wörtlich an: „**Frage:** was wäre Ihr erster politischer Schritt als Präsidentin



Frankreichs? **Marine Le Pen:** Da gibt es viele. Es muss eine unmittelbare Aktion in der Migrationspolitik geben.“

Im Interview ging man zur nächsten Frage über, aber was bedeutet dieser Satz eigentlich?

Marine Le Pen kündigt hier keine neuen Gesetze an, auch kein Referendum oder eine Verfassungsänderung, sondern eine Aktion. Die unmittelbare oder direkte Aktion hat in der politischen Terminologie eine klare Bedeutung. Der Begriff meint ein Fanal, das man setzt, um die Politik in eine bestimmte gewünschte Richtung zu zwingen. Hoyerswerda, Rostock, Solingen und Mölln waren solche Aktionen. Sie bewirkten den sogenannten Asylkompromiss von 1993 und in den Folgejahren einen deutlichen Rückgang der Asylverfahren.

Frau Le Pen hat Pogrome angekündigt, und es wurde nicht bemerkt oder galant übersehen. Von den Ausbrüchen ihres Vaters Jean-Marie Le Pen will ich hier gar nicht sprechen. Wegen fortwährender antisemitischer Hetze musste er mehrfach vor Gericht erscheinen.

Man darf nicht vergessen: der FN ist nach der Europawahl mit 25% die stärkste politische Kraft Frankreichs. Dies alles geschieht wenige Tage nach dem Mordanschlag eines syrischen Dschihadisten auf das jüdische Museum in Brüssel mit drei Toten und einer Schwerverletzten. Es ist eine Schande!

Es handelt sich nicht um Entgleisungen, Fehler oder Missverständnisse. Es ist der offene und massenhafte Ausbruch eines Phänomens, das ich mit einem Zitat eines österreichischen Kommunalpolitikern belegen möchte.

Karl Simlinger war bis zum 31.12.2013 Bürgermeister der niederösterreichischen Kleinstadt Gföhl. Anlässlich eines Konfliktes um ein geplantes Flüchtlingsheim in der Gemeinde sagte er in einer Stadtratsversammlung:

„Mir gehen die Scheiß-Asylanten sowieso am Oasch, aber schuld sind die Pressefritzen, die gehören aufgehängt, die san wie die Juden“
Als der Satz überregional bekannt wurde, musste der Bürgermeister zurücktreten, aber das Flüchtlingsheim kam auch nicht nach Gföhl. Simlingers offenerherzige Äußerung möchte ich hervorheben, nicht weil sie so verabscheuenswürdig ist – da gibt es weitaus Schlimmeres -, sondern weil sie in der denkbar kürzesten und prägnantesten Fassung auf den Punkt bringt, was Rechtswähler von Griechenland bis Finnland und von Ungarn bis England umtreibt.

So primitiv, man kann auch sagen: so fundamental ist das bei den Le Pens genauso wie bei Nigel Farage, Geert Wilders, Heinz Christian Strache und letztlich auch bei Herrn Luckes wirtschaftswissenschaftlicher Neugründung.

Primitiv, bewährt und erfolgreich. Deshalb es unsere Aufgabe, die Affinität zu einem anderen, weitaus bekannteren Österreicher, nämlich zu Hitler, herauszuarbeiten und immer wieder darauf zu insistieren. Der Clou an Simlinger ist freilich, dass er nicht der FPÖ angehört, sondern Mitglied der ÖVP ist, die ihn auch zum Rücktritt nötigte.

Somit meint diese Äußerung nicht nur den Kern des nationalistischen Widerstands gegen die supranationale Gemeinschaft der EU, es meint auch die Hinwendung großer Teile des konservativen Lagers an die Rechtsaußen Positionen, die von

nicht wenigen Politikern als nationale Perspektive angesehen werden.

Genannt seien hier David Cameron, Premier von Großbritannien, der französische Expräsident Sarkozy oder, der Hesse Roland Koch, inzwischen zurückgetretener Vorsitzender des Baukonzerns Bilfinger, der den Namen des langjährigen jüdischen Geschäftspartners Berger aus dem Unternehmen streichen ließ und einen radikalen Kahlschlag im Konzern betrieben hat. Als hessischer Ministerpräsident ist er uns noch gut bekannt mit seiner Hetzkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Erst das Spiel solcher etablierter Politiker mit den rechten Stimmen und Stimmungen sorgt dafür, dass aus einer momentanen Protestwahl ein dauerhafter politischer Faktor wird.



Die großen Gewerkschaften in Europa bekennen sich zur europäischen Union. Alle sind sich bewusst, dass ein Scheitern der EU die vorhandenen wirtschaftlichen Probleme maximieren und negative Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Beschäftigungsbedingungen haben würde. Das würde am Ende auch zu einer Schwächung der Gewerkschaften führen.

Das ist nicht nur eine deutsche Perspektive.

Auf der anderen Seite ist das, was die Unternehmen und ihre Verbände vertreten und verfolgen,

nicht dem Glauben an die gute Sache geschuldet, sondern vor allen der Wettbewerbsfähigkeit in Europa und weltweit. Deswegen muss gewerkschaftliche Europapolitik deutlich anders aussehen, als unglaubliche Summen in die Rettung von Banken zu stecken, anstatt in zum Beispiel in Bildung und Infrastruktur zu investieren. Die Bemühungen um eine europäische Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind keine Nebensache.

Zum Ende hin will ich noch einige Bemerkungen zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit machen:

Rechte Orientierungen in Teilen unserer Mitgliedschaft sind in der Vergangenheit in einigen Untersuchungen deutlich belegt worden. Mitglieder mit klaren rechten Orientierungen sind dennoch nicht die Regel in unseren Seminaren. Aber es gibt sie in den Betrieben, und wir haben die Verpflichtung, nicht tatenlos zuzuschauen.

Dafür gibt es viele gute betriebliche Beispiele. Einige von euch sind auf diesem Feld besonders aktiv. Für die Bildungsarbeit bedeutet das: wir müssen unermüdlich an den Ängsten, Vorurteilen und Haltungen arbeiten und Referentinnen und Referenten ausbilden, die für diese Themen sensibilisiert und in der Lage sind diese zu bearbeiten. Eine kleine Konsequenz aus den Ereignissen der letzten Wochen ist zum Beispiel, dass wir im Oktober eine Weiterbildung zum Thema Antisemitismus anbieten werden.

Wir bilden über unsere Seminare Multiplikatoren aus, die sich auch in Debatten und Gesprächen im Betrieb und am Stammtisch einmischen und Positionen beziehen können. Neben der Analyse von gesellschaftlichen Mustern scheint mir wesentlich, die unterschiedlichen Entwicklungen in Europa zur

Kenntnis zu nehmen und dabei sorgfältig und genau zu bleiben.

Dazu soll diese Veranstaltung einen Beitrag leisten. Denn eins will ich zum Schluss noch mal betonen: Eine Protestwahl ist zwar kein Umsturz, und 20% sind noch lange keine Mehrheit. Sie werden an den politischen Rahmenbedingungen in der EU und ihren Mitgliedsländern erst einmal gar nichts ändern. Aber vielleicht besteht gerade darin die Gefahr. Fühlen wir uns nicht zu sicher! Wenn wir diese Auseinandersetzung gewinnen wollen, müssen wir jetzt damit anfangen.

Ulrike Obermayr

IG Metall Vorstand –
FB Gewerkschaftliche Bildungsarbeit



Impulsreferat: Rechte Politik in Europa Was machen die Gewerkschaften?

1. Impulsreferat



Referent: Dr. Christian Weis

Christian Weis arbeitet als Politischer Sekretär des Funktionsbereichs Internationales und Europa beim IG Metall Vorstand.

Einleitend zu seinem Impulsreferat über die europapolitischen Aktivitäten verwies Christian Weis darauf, dass Europapolitik mittlerweile faktisch in allen Gliederungen der IG Metall aktiv betrieben werde, da die Europäische Union zu einem Querschnittsthema geworden sei. Die IG Metall sei eine proeuropäische Organisation. Im Verlaufe der Kri-

se habe es aber nicht gereicht, pro-europäisch zu sein. Es bedurfte einer differenzierten kritischen Haltung zur europäischen Politik.

Die Gewerkschaften waren schon immer integraler Bestandteil der europäischen Integration, die ihre Wurzeln in der Montanunion und -mitbestimmung hatte.

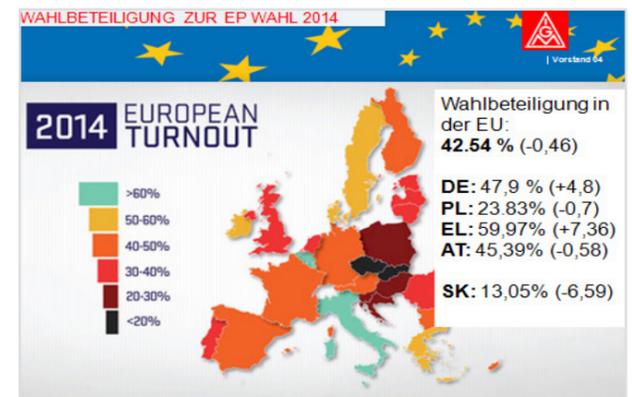
Europawahl-Kampagne der IG Metall

Insbesondere vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise ist es aktuell eine besondere Aufgabe der Gewerkschaften, eine kritische proeuropäische Haltung weiter zu entwickeln. Dies ist eine besondere Herausforderung.

Anhand der betrieblichen Wahlmotivationskampagne der IG Metall vor der Europawahl verdeutlichte Christian Weis die Gratwanderung zwischen Kritik an der aktuellen Ausgestaltung der Europäischen Union und ihrer Politik auf der einen Seite sowie der Förderung einer pro-europäischen Haltung auf der anderen Seite. Ziel der Kampagne der IG Metall war es, eine höhere Wahlbeteiligung unter ihren Mitgliedern in den Betrieben bei der Europawahl zu erreichen. Die Ausgangslage war allerdings un-

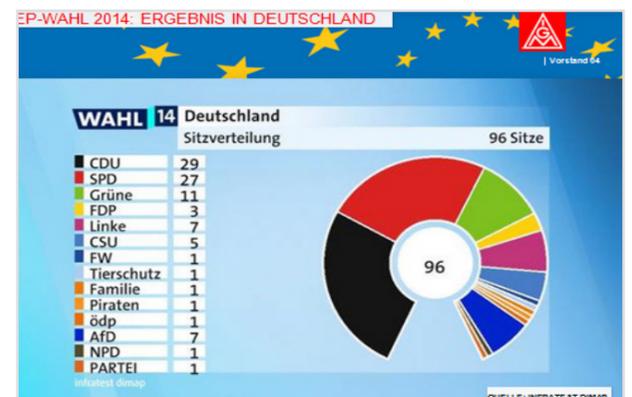
günstig. Rechte europaskeptische Parteien hatten gute Chancen in das Europäische Parlament (EP) einzuziehen und den strategischen Vorteil, dass sie gleichzeitig für die Wahl und gegen Europa mobilisieren konnten. Demgegenüber hatten es andere Parteien vor dem Hintergrund der europäischen Situation schwer, eine proeuropäische Stimmung zu erzeugen. Für die IG Metall bedeutet das eine besondere Herausforderung, weil ein Teil der Mitglieder der aktuellen EU-Politik zunehmend skeptisch bis ablehnend gegenübersteht, zugleich aber nicht weniger, sondern ein anderes, sozialeres Europa anstrebt. Die Kampagne zielte daher darauf ab, eine kritische wie proeuropäischen Haltung zu erzeugen.

Im Zuge der Kampagne wurden Betriebe und Verwaltungsstellen mit umfangreichem Material versorgt und Artikel in der Metallzeitung veröffentlicht, was auf großes Interesse und auf eine große Nachfrage bei den Mitgliedern traf. Im Rahmen der Kampagne wurden viele Informationen vermittelt und Aufklärung betrieben. Allerdings stellte sich dabei auch das Problem, wie europapolitische Themen in den betrieblichen Zusammenhang gesetzt werden können.



Wahlmotivationskampagne der IG Metall
Wahl des Europäischen Parlaments am 25. Mai 2014

- Ziel der IG Metall war es, eine höhere Wahlbeteiligung als 2009 (43,3%) zu erreichen
- Ausgangslage für die EP Wahl war schlecht
 - Europa-skeptische Parteien, insbesondere die AfD hatten gute Chancen ins EP einzuziehen
 - Europa-Gegner und rechte Gruppierungen schaffen es, für die Wahl und gleichzeitig gegen Europa zu mobilisieren
 - Etablierte Parteien tun sich schwer, die Stimmung für Europa zu drehen
 - Auch die IG Metall und viele ihrer Mitglieder stehen der derzeitigen EU-Politik ablehnend gegenüber
- Statt weniger Europa wollen wir ein anderes Europa – ein soziales Europa. Stimmungswechsel erzeugen mit einer kritischen, aber pro-europäischen IG Metall
- 4700 Betriebe und 110 Verwaltungsstellen mit Material versorgt



Analyse der Europawahl

Die geringe Wahlbeteiligung an der Europawahl ist ein grundlegendes demokratisches Problem. Bei der aktuellen Wahl lag die Wahlbeteiligung in Deutschland mit 47,9% deutlich über dem Durchschnitt von 42,54% und ist gegenüber 2005 um knapp 5 Prozentpunkte angestiegen. Die Wahlbeteiligung in Deutschland ist dabei weniger geschlechterabhängig als altersabhängig und abhängig von der regionalen Herkunft.

Insgesamt ist die Wahlbeteiligung in Europa – immerhin - stagnierend auf relativ niedrigem Niveau. Wenn man sich etwa eine Wahlbeteiligung von 13% in der Slowakei anschaut, stellen sich durchaus handfeste demokratietheoretische Fragen, nach der Legitimation die eine solche Wahl bringt. Insgesamt ist diese Entwicklung sehr negativ bedenklich für die Demokratie.

Die Verteilung der insgesamt 96 Mandate auf der Grundlage der Wahlergebnisse in Deutschland verdeutlicht, dass das Kippen der Drei-Prozenthürde durch das Bundesverfassungsgericht zu einer deutlichen Zersplitterung der Fraktionen geführt hat, die es in Zukunft erschweren wird, die Europapolitik voranzutreiben.

Die Analyse des Wahlverhaltens der Gewerkschaftsmitglieder bei der Europawahl verdeutlicht große Unterschiede bei den Wahlpräferenzen zwischen älteren und jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern. Dabei fällt vor allem auf, dass unter den jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern überproportional viele Wähler/innen der Alternative für Deutschland (AfD) auch im Vergleich zu Wählerschaft im Allgemeinen sind. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, in stärkerem Maße zu vermitteln, welche negativen Konsequenzen beispielsweise ein Austritt aus dem EURO für die Beschäftigungsentwicklung in ganz Europa hätte.

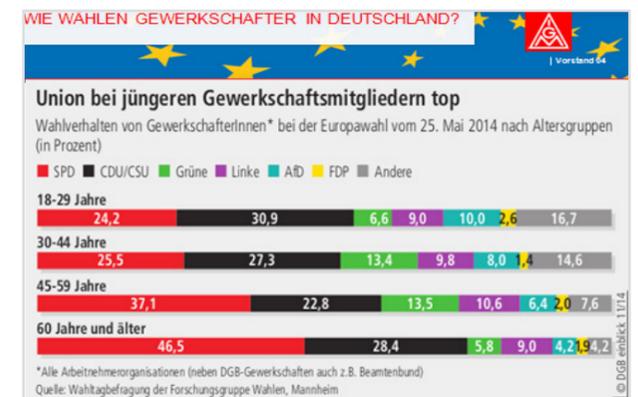
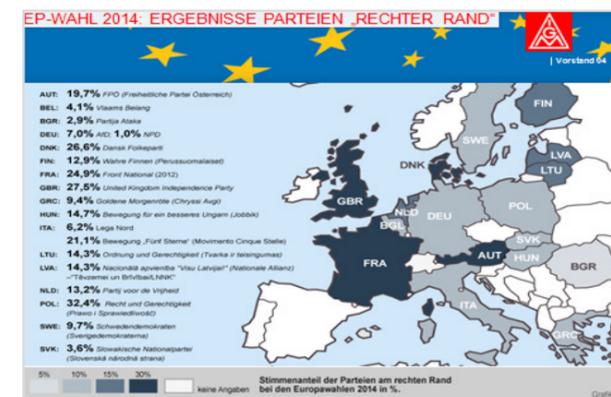
Für die Zusammensetzung des EP hat die Wahl folgende Konsequenzen: Die konservative Europäische Volkspartei (EVP) wird trotz deutlicher Verluste weiterhin die stärkste Fraktion bilden. Die sozialdemokratische S&D schließt trotz gutem Ergebnis in Deutschland schwächer ab als prognostiziert und bildet die zweitstärkste Fraktion. Die linken europäischen Parteien in der Fraktion GUE/NGL legen zu und sind hinter der euroskeptischen Fraktion Europäische Konservative und Reformisten (EKR) fünftstärkste Fraktion im Parlament. Die Grüne/EFA-Fraktion verliert sieben Sitze im neuen EP.

Von besonderer Bedeutung ist, dass Europagegner und Rechtspopulisten in wichtigen Ländern wie Großbritannien und Frankreich die meisten Stimmen auf sich vereinen und insgesamt etwa 22,6% der Mandate im EP stellen. Die unten stehende Karte verdeutlicht die Wahlgewinne der Parteien am „rechten Rand“, wobei die der Karte zugrundeliegende Einordnung kritisch diskutiert wurde. So wurde darauf hingewiesen, dass im Falle Ungarns neben der Jobbik-Partei auch die Fidesz-Partei von Premier Viktor Orbán zum rechten Rand hinzugezählt werden müsste, die bei der Europawahl 51% der Stimmen erlangte. Polen hätte in der Grafik dunkler gezeichnet werden müssen, weil die Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) 32,4% der Stimmen erreichte. Die Partei sei zwar in sozialpolitischer Hinsicht links ausgerichtet, verfolge ansonsten aber eine nationalistisch-konservative Politik.

Die europafeindlichen Parteien am rechten Rand weisen einen zunehmenden Trend zur Ausdifferenzierung auf und repräsentieren mittlerweile ein breites Spektrum an Positionen. Sie organisieren sich in zwei Fraktionen bzw. sind fraktionslos. Die europaskeptische Fraktion der EKR umfasst so heterogene Parteien wie die britischen Konserva-

tiven, die polnische PiS, die AfD und die Danske Folkeparti. Bei der Zusammensetzung stellt sich die Frage, wie die Zusammenarbeit klappt. Die europafeindliche Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) vereint u.a. die Parteien UKIP (UK), Movimento 5 Stelle (IT) und Sverigedemokraterna (SE). Die Unterschiedlichkeit der Parteien zeigt sich vor allem im Lager der fraktionslosen und rechtsradikalen Abgeordneten u.a. der Parteien Front National (FR), Vlaams Belang (BE), Jobbik (HU), Lega Nord (IT), Partij voor de Vrijheid (NL), FPÖ (AT) und Kongres Nowej Prawicy (PL), die vergeblich versuchten, eine gemeinsame Fraktion zu bilden, was u.a. an der Kongres Nowej Prawicy scheiterte. An dieser Stelle wurde diskutiert, was die Motivation des Front National war, die Verhandlungen scheitern zu lassen und auf den Fraktionsstatus zu verzichten. Auf der einen Seite zeigte Marine Le Pen damit Konsequenz und Kompromisslosigkeit, wovon sie bei der nächsten Wahl in Frankreich profitieren wird. Auf der anderen Seite wird sie so im EP keine Rolle spielen.

Insgesamt werden etwa 170 der 751 Mandate des EP von konservativen europaskeptischen oder sogar offen rechtsradikalen europafeindlichen Parteien besetzt. Es stellt sich angesichts



der Heterogenität die Frage, was gefährlicher ist – Rechtsextremisten oder rechtsgerichtete Konservative bzw. moderate Rechtspopulisten.

Es wurde diskutiert, welche Auswirkungen die Wahlerfolge der europafeindlichen Parteien haben werden. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die große Zahl an rechten Abgeordneten die Zusammenarbeit im EP nicht belasten wird. Sie werden eher die Wirkung haben, dass die großen Fraktionen in stärkerem Maße zusammenarbeiten. Die Zweiteilung im Parlament in Befürworter und Skeptiker könne aber die Wirkung haben, dass sich faktisch eine große Koalition der Befürworter bilde und Alternativen nicht mehr wirklich diskutiert werden. Christian Weis verwies auf die mittelbaren Auswirkungen der Wahlerfolge der Europaskeptiker über den Europäischen Rat. Die erfolgreichen rechten Parteien werden ihre jeweiligen Regierungen im nationalstaatlichen Kontext unter Druck setzen und so Einfluss auf deren Politik im Europäischen Rat nehmen.

Die Gewerkschaften und die künftige Politik in Europa

Im Hinblick auf die Situation der Gewerkschaften in Europa unterstrich Christian Weis die Dramatik der Krisenpolitik. Die Gewerkschaften seien im Zuge der Krisenbekämpfung zunächst in die Defensive geraten. Nach ersten Protesten habe dann eine starke Frustration eingesetzt.

Als Folge der Krise in Südeuropa verlieren die dortigen Gewerkschaften Durchsetzungsmacht und Mitglieder. Der Druck auf die Lohnkosten in Südeuropa zur „internen Abwertung“ und „Wedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit“ ist enorm und schwächt die Gewerkschaften durch Kürzung der Sozialleistungen und Verschlechterung der Sozialsysteme, Eingriffe in die Rechte der Arbeitnehmer/innen sowie Lohnkürzungen und Eingriffe in die Tarifsysteme. Die Absatzkrise und die Schwächung der Gewerkschaften in Südeuropa sind auch in Deutschland zu spüren. Der Druck auf die Gewerkschaften steigt, eine europäische Lohnkoordination mitzugestalten. Zugleich aber erschwert die Schwäche der Gewerkschaften in Südeuropa eine Zusammenarbeit, um eine gewerkschaftliche Europapolitik voranzubringen.

Im Hinblick auf eine gewerkschaftliche Europapolitik hat die IG Metall zur Europawahl fünf Positionen zur Europapolitik veröffentlicht:

Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen statt eine ganze Generation zu verlieren!

Geschätzte mehr als vierzehn Millionen junge europäische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen befinden sich derzeit weder in einem Beschäftigungsverhältnis, noch machen sie eine Aus- oder Weiterbildung oder studieren. Die Lebensgrundlage und die Zukunftsaussichten einer ganzen Generation stehen auf dem Spiel: Nachhaltige wirtschaftliche Erholung bleibt aus, weil Wissen, Engagement und Leistungsbereitschaft der jungen Generation verschwendet werden; die soziale Spaltung nimmt zu, weil Arbeitslosigkeit zu Armut und Ausgrenzung führt (verstärkt durch ein Abbau sozialstaatlicher Schutzrechte).

Folgende Forderungen sind inhaltlich zur Verbesserung der Perspektive für die Jugend Europas denkbar. Notwendig ist eine Doppelstrategie, die kurzfristig Beschäftigung oder Qualifizierungsangebote schafft sowie Maßnahmen anstößt, die mittelfristig zur Entstehung bzw. Verbreitung eines

leistungsfähigen Systems der beruflichen Bildung führen.

- Bildung und Zukunft: Forderung nach Chancengleichheit und einer langfristigen Zukunftsperspektive für die Jugend Europas
- Arbeit und Ausbildung: Forderung die Jugendarbeitslosigkeit massiv zu bekämpfen, u.a. die bereits beschlossene europäische „Jugendgarantie“ konsequent umzusetzen, auszuweiten und mit mehr finanziellen Mitteln auszustatten.

Im Einzelnen muss

- die bereits beschlossene europäische Jugendgarantie angesichts der Größe der Herausforderung finanziell erheblich besser ausgestattet werden (mind. 8 Mrd. EUR pro Jahr über mindestens 5 Jahre);
- die Bedingung der nationalen Kofinanzierung so ausgestaltet werden, dass auch Jugendliche in hochverschuldete Länder von den Programmen und Maßnahmen profitieren können;



- die Altersgrenze der EU Jugendgarantie auf mindestens 29 Jahre angehoben werden, da z.B. auch Hochschulabsolventen enorme Schwierigkeiten haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen;
- sichergestellt sein, dass der Schwerpunkt der Maßnahmen auf der Schaffung von Beschäftigung und berufsqualifizierenden Abschlüssen liegt (und nicht auf Praktika, Warteschleifen, Maßnahmenketten ohne Anbindung etc.);
- unter Einbeziehung der Sozialpartner und unter Berücksichtigung nationaler Strukturen auf mittlere Sicht Systeme der beruflichen Bildung aufgebaut werden, die praktische Erfahrung und schulisches Wissen intelligent miteinander verzahnen.

Wachstum durch Investitionen fördern, statt durch einseitiges Sparen abwürgen!

Nur die Perspektive eines wirtschaftlich starken, ökologisch und sozial nachhaltigen Europas kann dazu beitragen, die tiefe Identitätskrise der Bürger und Bürgerinnen zum europäischen Einigungsprozess zu überwinden. Die einseitige Sparpolitik verschärft die Krise in den am stärksten betroffenen Ländern und hat zu unzumutbaren Belastungen

von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geführt. Eine langfristig erfolgreiche Krisenbewältigung erfordert eine aktive, koordinierte und demokratisch legitimierte Wirtschafts- und Industriepolitik der EU. Der sozial-ökologische Umbau eröffnet neue Wachstumspotenziale und sichert die langfristige Zukunftsfähigkeit der europäischen Industrie. Ein solches europäisches Zukunftsprojekt eröffnet auch Verteilungsspielräume für ein soziales und auf die Konvergenz der Arbeits- und Lebensbedingungen zielendes Europa.

Marschallplan (DGB) bzw. Europäischer Investitionsplan (EGB) als erster und bisher einziger komplett durchgerechneter Wachstumsplan für ganz Europa.

Die Erfahrung der Troikapolitik, insbesondere in Südeuropa, hat gezeigt, dass die einseitige Fokussierung auf wirtschaftliche Kennzahlen nur kurzfristige Verbesserungen vorgaukelt. Langfristige soziale Kosten schwächen die nachhaltige wirtschaftliche Erholung maßgeblich.

Nachhaltige Industrien mit realen Arbeitsplätzen in Europa aufbauen und ausbauen, statt auf kurzfristige Spekulationen zu setzen!



Es geht um nicht weniger als die langfristige Sicherung der industriellen Basis, Wertschöpfung und Innovationskraft in Europa. Eine erfolgreiche europäische Industriepolitik ist auf eine eigene Produktion in Schlüsselindustrien angewiesen. Die Eurokrise zeigt deutlich, wie wichtig die Industrie für die Volkswirtschaften in Europa ist: Nicht virtuelle, sondern reale Werte schaffen reale Wertschöpfung, Wohlstand und Arbeitsplätze. In Europa wurde in den letzten Jahrzehnten zu sehr auf die Finanzwirtschaft und spekulative Geschäfte gesetzt, anstatt die Realwirtschaft gezielt zu fördern und zukunftsfähig und innovativ zu entwickeln.



Trotz der politischen Diskussionen rund um eine Re-Industrialisierung Europas rückt das Ziel, bis 2020 den Anteil der Industrie am europäischen Bruttoinlandsprodukt auf rund 20 Prozent zu steigern, immer mehr in weite Ferne. Der Industrieanteil ist innerhalb eines Jahres von 15,5 Prozent auf 15,1 Prozent (Sommer 2012 auf Sommer 2013) weiter geschrumpft. In einigen Mitgliedsländern nimmt die De-Industrialisierung mittlerweile bedrohliche Ausmaße an.

Arbeit in Europa – sicher, sozial und fair – statt prekärer Beschäftigung!

Die sozialen Grundrechte, wie es die Grundrechtecharta im Vertrag von Lissabon festlegt, müssen endlich Vorrang vor den wirtschaftlichen Freiheiten haben. Die IG Metall wendet sich nach-

drücklich gegen jegliche Tendenz zu weiterer Prekarisierung der Arbeit. Die sozialen Systeme sind so zu gestalten, dass sie den Menschen in der EU Chancengleichheit, Teilhabemöglichkeiten, soziale Inklusion und Absicherung gegen wesentliche Lebensrisiken gewährleisten.

Es ist endlich Ordnung auf den europäischen Arbeitsmärkten herzustellen. Dafür sind Maßnahmen erforderlich, die die weitere Ausbreitung des Niedriglohnssektors und der Lohnspreizung in Europa verhindern. Gleiche Löhne und gleiche Rechte für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort muss als Grundsatz festgeschrieben werden. Die Tarifautonomie muss verteidigt werden!

Mehr Demokratie und Mitbestimmung, statt Politik über die Köpfe der Menschen hinweg!

Die IG Metall fordert stärkere Beteiligungsrechte der Arbeitnehmervertreter und ihrer Gewerkschaften in den Mitgliedsstaaten und auf europäischer Ebene. Beteiligung, Demokratie und Mitbestimmung in den Unternehmen sind die Grundpfeiler des sozialen Europas. Diese Grundpfeiler haben sich in der Krise nach 2008 bewährt und in Deutschland zur erfolgreichen Überwindung der Krise beigetragen.

Die IG Metall fordert eine deutliche weitere Stärkung des Europäischen Parlaments. Das Europäische Parlament sollte das Recht erhalten, eigene europäische Gesetzesinitiativen zu beraten und zu beschließen. Ein weiteres unverzichtbares Reformelement stellt die Wahl der Kommissionsspitze dar. Nur so wird die EU-Kommission zu einer „echten“ europäischen Regierung.

Die IG Metall wendet sich gegen zwischenstaatliche Verträge (z.B. Fiskalpakt) und für die Gemeinschaftsmethode (mit den EU-Institutionen).

2. Diskussion des Impulsreferates

Im Anschluss an das Impulsreferat wurde diskutiert, ob die Gewerkschaften nicht auch deshalb geschwächt sind, weil sie von der Bevölkerung als Teil des Establishments und mitverantwortlich für Krise und Krisenbewältigung betrachtet werden. Die Gewerkschaften in den südeuropäischen Ländern seien aufgrund ihrer schwierigen Situation allerdings nicht immer im Stande den möglichen eigenen Anteil an der Krise zu reflektieren oder sogar Lösungswege zu erarbeiten, weil sie nicht aktiv von der Politik eingebunden werden. Die unterschiedliche „Betroffenheit“ der Gewerkschaften in Europa im Verlauf der Krise erschwert auch eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, zum Beispiel in der gemeinsamen europäischen Industriegewerkschaftsföderation IndustriAll Europe.



Weiterhin wurde in der Diskussion darauf verwiesen, dass die Gewerkschaften das Thema Flüchtlinge und Migrant/innen nicht berücksichtigen. Diese arbeiteten in Europa in sehr schlechten und ungeschützten Arbeitsbedingungen, was wiederum Einfluss auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes habe. Die fünf Forderungen der IG Metall müssten um diesen Punkt ergänzt werden.

Ein wichtiger Aspekt in der Diskussion war die Frage, inwieweit die IG Metall bereit sei, im Sinne einer gemeinsamen gewerkschaftlichen Europapolitik Gewerkschaften in anderen Ländern entgegenzukommen. Bei Arbeitnehmer/innen in Ländern wie bspw. der Slowakei stehe die Alltagsbewältigung bei sehr geringen Einkommen im Vordergrund. In deren Situation stehen oft in erster Linie europakritische Perspektiven im Vordergrund und das Interesse an einer Verbesserung der eigenen Situation.

gewerkschaftliche
Europapolitik

Diese unterschiedlichen nationalen Rahmenbedingungen müssten bei einer Diskussion einer gemeinsamen europäischen Gewerkschaftspolitik berücksichtigt werden und es stellt sich die Frage, in wie weit die IG Metall bereit sei Konzessionen zu machen. Dies müsse in der IG Metall auch selbstkritisch diskutiert werden. Christian Weis bestätigte, dass dies eine wichtige und notwendige Diskussion sei. Die Kritik an der zunehmenden Spreizung der Lohnentwicklung in Europa müsse aufgegriffen werden und es müsse ein Interessenausgleich auch zwischen den europäischen Gewerkschaften gesucht werden, was ein anspruchsvolles Vorhaben sei. Er verwies auf den von der IG Metall geforderten europäischen Marshall-Plan als einen ersten Schritt in diese Richtung.

In der Diskussion wurde aber auch darauf verwiesen, dass eine rein ökonomische Betrachtungsweise nicht reiche, um den europäischen Zusammenhalt zu fördern. Ein nachhaltiger Zusammenhalt



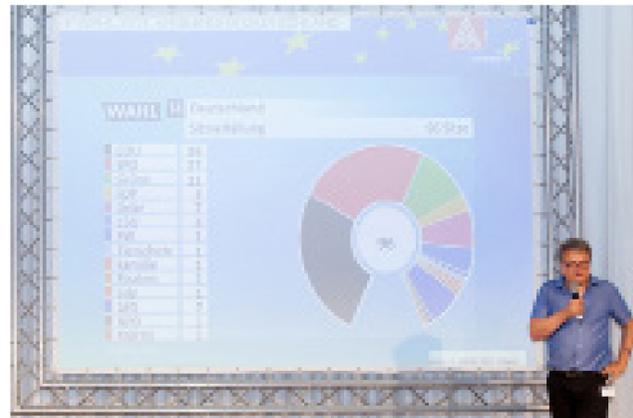
bedürfe geteilter Ideen wie Freiheit, Frieden, Antirassismus und Menschenrechte. Diese Ideen müssten v.a. über Bildungsarbeit vermittelt werden. Insgesamt fehle Europa aber eine Grundidee.

Insbesondere junge Menschen in den mittelosteuropäischen Staaten hätten den Glauben an eine europäische Wertegemeinschaft verloren und sehen sie in erster Linie als Interessengemeinschaft bzw. als Wertegemeinschaft des Westens. Vor dem Hintergrund dessen, dass die europäische Linke insgesamt liberaler geworden sei, bietet dies den rechten Parteien die Möglichkeit, die Wertelücke für sich zu nutzen.

Christian Weis bestätigte die Notwendigkeit einer neuen europäischen Erzählung. Der Verweis auf die Friedenssicherung alleine reiche nicht aus – wenn die Beispiele in Jugoslawien und in der Ukraine auch zeigten, dass Friedenssicherung ein aktueller Bestandteil der europäischen Erzählung

bleibe. Diese müssen aber auch die Aspekte Ungleichheit und Armut umfassen. Die Gewerkschaften sind lange der Fehleinschätzung erlegen, dass sich mit der gemeinsamen Währung auch die Lebensverhältnisse angleichen werden. Dies hat aber nicht funktioniert und nun brauche es eine Diskussion über Ausgleichsmechanismen und ein soziales Europa, die sicherlich schwierig werde, aber notwendig sei. Die Diskussion über ein soziales Europa müsse dabei auch den Aspekt der Mobilität sowohl der Flüchtlinge als auch der in Europa bleibenden Mobilität beinhalten.

Impressionen 1



Polen

Rechtsextremismus in Polen



Länderbericht Polen



Referent: Professor Dr. Tomasz Polak

Tomasz Polak ist Professor für Theologie und Philosophie an der Adam Mickiewicz Universität in Posen und Leiter der Werkstatt der Grenzfragen, einer Einrichtung für inter- und transdisziplinäre Studien, die er gemeinsam mit seiner Frau Beata Polak hat er die gegründet hat. Forschungsinteresse der Werkstad liegt z.Z. bei den Fragen der Sozialmaschinen und der sozial-politischen Ungleichgewichte.

1. Länderbericht

Die politische Lage in Polen

Bei der Europawahl in Polen konnten insgesamt fünf Parteien Mandate für das Europäische Parlament erlangen. Die regierende liberal-konservative Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) und die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) erhielten je 19 Mandate, wobei die PO einen sehr knappen Sieg von etwa einem halben Prozentpunkt erzielte. Allerdings zeigen die Wahlergebnisse eine steigende Tendenz der PiS, die bei der Europawahl 2009

noch 15 Mandate erhielt, während die PO 25 Mandate erlangen konnte. Die PiS wird daher vermutlich die Parlamentswahl 2015 gewinnen.

Der Bund der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD) erhielt fünf Mandate. Bei der SLD handelt es sich um die Nachfolgepartei der Kommunistischen Partei. Dadurch ist die Partei diskreditiert und eigentlich keine linke Alternative, obwohl es die einzige linke Partei im Parlament ist. Die Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL) – eine kleine Partei, die die Interessen der Bauern vertritt – erhielt vier Mandate.

Eine große Überraschung war der Erfolg des Kongress' der Neuen Rechten (Kongres Nowej Prawicy, KNP), der mit etwas mehr als 7% der Wähler/innen-Stimmen vier Mandate erringen konnte. Der KNP ist eine neue Partei, die 2011 gegründet wurde, und wird durch den altbekannten Politiker Janusz Korwin-Mikke geführt. Janusz Korwin-Mikke ist seit Jahrzehnten in der polnischen Politik aktiv, war schon unter den Kommunisten als Kritiker des Regimes bekannt, war mehrmals Präsidentschaftskandidat und hat bereits auch mehrmals erfolglos versucht, Parteien zu gründen. Drei Monate vor der Europawahl begann überraschend sein Aufstieg.

Janusz Korwin-Mikke vertritt libertär-konservative Ideen, deren praktische Umsetzung schwer vorstellbar ist. Sein Erfolg ist vor allem dadurch zu erklären, dass er einen Teil der frustrierten, intelligenten jungen Wähler/innen anspricht. Mitglieder und Unterstützer/innen der Partei setzen sich v.a. aus jungen Unternehmer/innen sowohl aus Akademiker/innen und meistens gut ausgebildeten jungen Menschen zusammen, die eine liberale Wirtschaftspolitik und konservative Werte favorisieren. Der Kongress der Neuen Rechten war lange Zeit eine Protestbewegung. Jetzt ist es keine Protestbewegung mehr, aber immer noch keine Partei mit einem realisierbaren Programm.

So sind auch die Verhandlungen zu einer Fraktionsbildung der Rechten im Europäischen Parlament an Janusz Korwin-Mikke gescheitert, der – als es Schwierigkeiten bei der Benennung eines Geschäftsführers für die Fraktion gab – vorschlug: „Nehmen Sie doch einen Juden.“ Danach beendete Marine Le Pen die Verhandlungen mit der KNP. In Polen wird solch eine Aussage dagegen kaum als rhetorischer Skandal empfunden – eher als ein Witz. Janusz Korwin-Mikke setzt solche Skandale gezielt ein, um Aufmerksamkeit zu erregen, und ist damit erfolgreich. So hat er bspw. vor einigen Wochen einen Europaabgeordneten geschlagen, was jetzt eine Untersuchung nach sich zieht.

Das besondere Problem im polnischen Parteiensystem ist, dass es zurzeit keine ernsthafte linke Alternative gibt. Die Demokratische Linke ist einerseits schwach – aktuelle Umfragen sehen sie bei etwa 9% – und andererseits als postkommunistische Partei diskreditiert.

Die beiden großen Parteien sind in einen langen Kampf miteinander verwickelt und zeigen Ermüdungserscheinungen. Das trifft insbesondere auf die PO zu, die derzeit mit der Bauernpartei in einer Koalition regiert und bereits seit sieben Jahren an der Macht ist. Die PO hat kein wirkliches ideologisches Profil. Sie hat einen starken konservativen und einen starken liberalen Flügel und vertritt als ein Sammelbecken eine große Bandbreite an Interessen und Positionen. Dabei vermeidet sie jegliche ideologische Auseinandersetzung. Sie gibt sich als „Partei der Modernisierung“ und des ruhigen Fortschritts. Dabei treffen ihre Minister faktisch extrem neoliberale Entscheidungen, die weder innerparteilich noch öffentlich diskutiert werden. Die Opposition ist demgegenüber schwach aufgestellt. Die PiS hat zwar ein stark sozialpolitisch orientiertes Programm, aber keine Lösungen im Hinblick auf

die wirtschaftliche Situation. Sie baut auf die Frustrationen des großen Teils der Bevölkerung, der nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert. Es ist aber davon auszugehen, dass – wenn sie an die Macht kommt – der neoliberale Kurs fortgesetzt wird, der aus der Perspektive der Parteien angesichts der wirtschaftlichen Situation ohne Alternative ist, und nur geringe Teile des sozialpolitischen Programms umgesetzt werden.

Die Situation in Polen ist insoweit ein Sonderfall in Europa, als sich hier allgemeine Tendenzen in überzogener – karikierter – Form abbilden.

Die PiS ist nationalistisch, konservativ in den Wertvorstellungen und sozialstaatlich ausgerichtet, so dass sie insbesondere bei den Wähler/innen Zuspruch findet, die einerseits konservativ ausgerichtet sind und andererseits nicht oder in geringerem Maße vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Sie spricht v.a. Modernisierungsverlierer an. Die Parteispitze versucht dabei ganz bewusst und zynisch die Frustrationen dieser in Polen ziemlich breiten Schicht derjenigen für sich auszunutzen. Sie kanalisieren bewusst Ängste und Ressentiments. Dazu hat auch das Flugzugunglück von Smolensk im Jahr 2010 beigetragen, bei dem Lech Kaczyński, Mitbegründer der Partei und damaliger Präsident Polens sowie zahlreiche Abgeordnete des Parlaments, Regierungsmitglieder, hochrangige Offiziere, Kirchenvertreter, leitende Vertreter von Zentralbehörden ums Leben kamen, und das für die rechte Seite des politischen Spektrums in Polen bis heute eine traumatische Erfahrung ist.

Aus diesem Ereignis hat die PiS eine Art Religion gemacht, indem sie es als erneuten Verrat an Polen interpretiert und mit immer neuen Verschwörungstheorien in der öffentlichen Debatte hält.



Eine andere Strategie der Partei ist es, die religiöse Krise in Polen für sich zu nutzen. Obwohl die katholische Kirche in Polen besonders stark verankert ist, zeigen sich auch hier Prozesse des Zerfalls des kirchlich-religiösen Lebens. Die Kirche reagiert darauf mit einer Art Kulturkampf und die PiS positioniert sich dabei bewusst auf der Seite der Kirche als streng katholisch.

Vor diesem Hintergrund hat die PiS ein besonderes Potenzial zur Regierungsübernahme, indem sie in einer Zeit der Schwäche der Linken und des liberalen Paradigmas sowie des säkularen Staates alle konservativen und religiösen Restbestände integriert.

Die PO ist eine Partei des Erfolgs. Sie hat sehr erfolgreich seit 2005 alle Wahlen gewonnen und sieben Jahre regiert. Polen ist unter der Regierung der PO relativ erfolgreich durch die Finanzkrise ge-

kommen. Nun zeigen sich die erwähnten Ermüdungserscheinungen und die Partei wird v.a. von der rechten Presse als „Lemminge-Partei“ verspottet, die satt, ideenlos und taub sei. Und sie wird aufgrund ihrer Ideen- und Profillosigkeit sowie Diskursarmut wahrscheinlich die Wahlen verlieren.

Der Positionskampf der beiden großen Parteien prägt zurzeit das polnische Parteiensystem. In dieser Situation bleibt den anderen politischen Parteien nur die Position von Anti-System-Parteien. Bei den letzten Parlamentswahlen ist mit der Ruch Palikota eine linksliberale Partei ins Parlament eingezogen, die auf Anhub rund 11% der Wähler/innen-Stimmen erzielte. Die Partei ist stark antiklerikal ausgerichtet, hat ein liberales Wirtschaftsprogramm und stellt sich als linke Partei dar, obwohl sie eigentlich kein ausgearbeitetes sozialpolitisches Programm hat. Das „Linke“ ist eher die antiklerikale Ausrichtung. Die Partei hat bei der Europawahl

nur knapp 3% der Wähler/innen-Stimmen erhalten. Das bedeutet faktisch das „Aus“ der Partei, die voraussichtlich bei der nächsten Parlamentswahl nicht mehr ins Parlament einziehen wird.

Die Neue Rechte ist ein ähnliches Phänomen: sie ist als Anti-System-Partei gestartet ohne ausgearbeiteten ideologischen Hintergrund und kanalisiert die Anti-System-Wähler/innen. Ein Großteil dieses Wähler/innen-Potenzials wird durch die PiS aufgefangen. Die stärker libertär denkenden Wähler/innen werden durch solche kleine Parteien wie die Neue Rechte angesprochen.

Hintergründe der politischen Situation in Polen

Die Hintergründe der aktuellen politischen Situation in Polen sind

- Ressentiments gegen die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Europa
- Machtpolitische Spiele
- Mangel an einer plausiblen Idee
- Entzauberung der Demokratie bzw. Enttäuschung von der Demokratie

Die Ressentiments gegen die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Europa haben verschiedene Hintergründe. Da ist zum einen ein traditionelles nationalistisch, rassistisch und antisemitisch geprägtes Gedankengut, das in ganz Osteuropa stark verbreitet und verankert ist und in Polen ganz besonders. Dies betrifft v.a. die alte Generation. Aber auch die jüngere Generation hat dies in einer seltsamen Form übernommen, die einen Antisemitismus ohne Juden pflegt. So ist es beispielsweise

bei Auseinandersetzungen zwischen Fußballfans üblich, die Anhänger anderer Mannschaften als „Juden“ zu bezeichnen.

Daneben gibt es geschichtlich fundierte Ressentiments, die auf einem insbesondere durch die Rechten gepflegtes historisches Bewusstsein aufbauen. Diese verweisen darauf, dass Polen einmal eine große Macht und ein großes Land in Europa war und dies durch die Russen und Deutschen zerstört wurde. In diesem Zusammenhang fühlen viele Polen sich von Europa verraten. Nun gehe es für Polen darum, zu „zeigen, was wir sind“. In diesem Zusammenhang prägte die PiS während ihrer Regierung vor acht Jahren den Begriff der „historischen Politik des Staates“:

Insbesondere Lech Kaczyński setzte sich für eine aktive Politik der Auseinandersetzung und Darstellung der polnischen Geschichte ein. Diese Politik erfährt in Polen einen großen Zuspruch. Es gibt viele Polen, die dadurch ein minderwertiges Selbstbewusstsein abbauen möchten.

Ein weiterer Hintergrund der Ressentiments ist die Situation der Religion in Polen und der bereits erwähnte kirchliche Kulturkampf, der in den letzten Monaten eine Neuauflage erlebt hat. Konservative katholische Kreise – auch die Bischöfe – greifen immer wieder zu „Kultur-Waffen“. Dafür sollen folgende Beispiele genannt werden:

- Im Rahmen des Theaterfestivals „Malta“ in Posen sollte in diesem Jahr das Stück „Golgota Picnic“ von Rodrigo Garcia aufgeführt werden, das die Ideen-Leere Europas auch unter Bezug auf das Christentum darstellt. Nach massiven Protesten katholisch-konservativer Kreise, die das Stück als blasphemisch bezeichneten, an denen sich auch der Erzbischof von Posen und Vorsitzender der

polnischen Bischofskonferenz beteiligte, wurde das Stück schließlich abgesetzt.

- Es gibt in Polen eine Gewissensklausel für Ärzte, die Abtreibungen verweigern können, wenn sie diese nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Zu dieser Gewissensklausel gehört aber auch die Verpflichtung, dass die Ärzte die Patientinnen in diesem Fall auf andere Ärzte hinweisen müssen. Der Direktor einer Warschauer Klinik hat eine schwangere Frau mit einem stark missgebildeten Fötus, der nicht lebensfähig war, solange untersucht, bis die Zeit für eine Abtreibung abgelaufen war, und sie nicht an andere Ärzte verwiesen. Die Frau musste das Kind zur Welt bringen, das drei Tage später starb. Der Vorfall wurde daraufhin durch Staatsanwaltschaft, Behörden und eine Kommission untersucht und die Stadtpräsidentin von Warschau kündigte dem Direktor. Dieser wurde daraufhin als „Verteidiger ungeborenen Lebens“ zum Helden stilisiert und der Erzbischof von Łódź rief eine Kollekte aus, um die Strafe, die der Klinik auferlegt wurde, zu begleichen. Der Mutter des Kindes hat sich niemand angenommen.
- Aktuell gibt es eine Diskussion um eine Gewissensklausel für Lehrer/innen. Ein Verband katholischer Lehrer/innen hat gefordert, dass Lehrer/innen das Unterrichten von Inhalten verweigern können, wenn sie diese nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Der Bildungsminister hat dies mit Verweis auf die Neutralität der Schulbildung zurückgewiesen. Der Erzbischof von Posen hat die Lehrer/innen öffentlich unterstützt, indem er unterstrichen hat, dass Katholiken ihrem Gewissen folgen müssen.

Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie scharf dieser Kulturkampf in Polen geführt wird und welchen

Aufwind katholisch-konservative Kreise zurzeit haben.

Bereits erwähnt wurde die Frustration der Bürger/innen über ihre Ohnmacht in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht, die ein fruchtbarer Boden für Populisten sind.

Vor diesem Hintergrund bauen sich paranoide Tendenzen in der psychosozialen Entwicklung auf. Im Rahmen der Werkstatt für Grenzfragen wurde dies mit Hilfe des Begriffes der „schizotypen / paranoiden Sozialmaschine“ analysiert, die folgende Wesenszüge hat:

- sie ist ressentimental, das heißt auf der Grundlage eines Traumas oder eines erfahrenen Unrechts entwickeln sich Ressentiments gegen alles andere;
- sie ist reduktiv: die Welt wird ausschließlich unter dem ressentimentalen Gesichtspunkt betrachtet;
- sie ist selbstbestätigend: jeder Widerspruch gegenüber dem eigenen Weltbild wird mit dem Verweis darauf, dass die Wahrheit Feinde habe, als Bestätigung erfahren;
- sie ist aggressiv: sie tritt aggressiv auf gegenüber allem, was sich nicht in die eigene Struktur integrieren lässt.

Diese Sozialmaschine ist auch ein in sich geschlossener Kreislauf.

Zu den Hintergründen gehören auch machtpolitische Spiele der großen Parteien. So vertritt Tomasz Polak die These, dass die kleinen Antisystemparteien zumindest teilweise Produkte der Medienpolitik der regierenden PO sind, die ein Interesse daran hat, dass die kleinen Parteien den Frust der

Bürger/innen kanalisieren und so das Wähler/innen-Potenzial der PiS sinkt. So wurde die linksliberale Partei durch einen PO-Funktionär gegründet und anschließend durch die Medien – auf die die PO großen Einfluss hat – stark unterstützt.

Einer der wichtigsten Aspekte ist jedoch der Mangel an einer plausiblen Idee für Europa und für eine Politik, die nicht in die machtpolitischen Spiele verwickelt ist. In Polen wie auch in ganz Europa bewegt sich die Diskussion zwischen der Aufklärung auf der einen Seite und konservativen Vorstellungen christlicher Tradition auf der anderen Seite.

Dabei kam es in den letzten Jahren zu einem beschleunigten Abschmelzen der christlich-konservativen Idee zugunsten der emanzipatorischen Ausrichtung – allerdings ohne eine führende Idee und ohne einen neuen Gesamtentwurf. Die Beschleunigung dieser Entwicklung in den letzten Jahren war dabei so stark, dass sie für die Trägheit des kulturellen Bewusstseins der Europäer/innen eine Anmaßung darstellt. Sie reagierten darauf mit zwei Verhaltensweisen: dem Ablegen der traditionellen Wertvorstellungen zugunsten freier Lebensgestaltung oder mit krampfhaften Versuchen, an traditionellen Wertvorstellungen festzuhalten.

Die besondere Herausforderung ist es in diesem Zusammenhang, das gemeinsame Leben und die Politik in plausibler Weise anders als bisher zu denken, um aus dem Teufelskreis des Linksrechts-Schemas auszubrechen und aus der Falle des Populismus' zu entkommen. Dies neue Idee kann weder der Weg der christlichen Modernisierung sein noch die populistische Aufzählung plausibler Gedanken. Es bedarf vielmehr eines ernsthaften Versuches, die Grundlagen des Gemeinwesens neu zu bestimmen. Die europäische Ideengeschichte hat als christliche begonnen und

ist dann mit der Französischen Revolution gegen das Christentum umgeschlagen. Daher besteht die Herausforderung darin, eine Grundidee der Politik des gemeinsamen Lebens zu entwickeln, die keinen Bezug auf das Christentum nimmt – weder positiv noch negativ. Dies ist eine schwierige Aufgabe in Europa, da der Diskurs so verwickelt ist in die eigene Ideengeschichte, aber es ist die einzige Möglichkeit, um aus der ideengeschichtlichen Falle herauszukommen.

2. Diskussion der Situation in Polen

Diskutiert wurde insbesondere die Rolle der Gewerkschaften im polnischen politischen System. In der Perspektive von außen werden polnische Gewerkschaften als stark parteipolitisch orientiert wahrgenommen. Diese Wahrnehmung kann Tomasz Polak bestätigen. Bereits unter der kommunistischen Herrschaft hat sich eine Tendenz zum politischen Denken in der Gewerkschaftsbewegung verankert. Während Solidarność eine große Bandbreite politischer Positionen – von ganz links bis ganz rechts – unter einer antikommunistischen Ausrichtung integrierte, waren die anderen Gewerkschaften in erster Linie Marionetten der kommunistischen Partei. Nach der Wende kam es zum Zusammenschluss dieser Gewerkschaften in der OPZZ, die sich stark an der postkommunistischen SLD orientierte. Diese Gewerkschaften sind aufgrund ihrer Vergangenheit und der engen Bindung an die Postkommunisten für viele Polen diskreditiert. Solidarność hat demgegenüber nach der Wende den linken Flügel verloren und ist stark in Richtung PiS abgedriftet. Die Arbeit der Solidarność ist heute vor allem öffentlichkeitswirksam ausgerichtet. Sie engagiert sich wenig in der unmittelbaren gewerkschaftlichen Arbeit vor Ort. In Posen z.B. wird die gewerkschaftliche Arbeit vor Ort vor

allem durch eine kleine anarchistische Gewerkschaft geleistet, die branchenübergreifend arbeitet und Arbeitnehmer/innen-Initiative heißt. Insgesamt haben sich die polnischen Gewerkschaften nicht vom Trauma der kommunistischen Geschichte erholt.

Im Rahmen der Diskussion wurde vertieft, inwieweit Polen als extremes Beispiel für allgemeine Entwicklungstendenzen in Europa dienen kann. Tomasz Polak verwies dabei zum einen auf den Kulturkampf, der in Polen in besonderer Form geführt wird – zum einen, weil der Katholizismus in Polen stark verankert ist, zum anderen, weil die Reaktion der katholischen Kirche auf den Werteverfall, sowie ihr Einfluß auf die staatlichen / kommunalen Einrichtungen besonders stark, oft extrem stark ist. Die Grundtendenzen dieses Kulturkampfes lassen sich aber auch in anderen europäischen Ländern finden. Hinsichtlich des Sozialstaates hat Polen auch eine extreme Entwicklung gemacht, die in der Grundtendenz auch in anderen Ländern vorhanden war. Nach der Wende wurde grundlegend eine neoliberale Ausrichtung der Wirtschaft durchgesetzt. Da diese Neoliberalisierung aber ohne Hilfe und Unterstützung von außen durchgeführt wurde, konnte sie nur unter großen Opfern umgesetzt werden. So gibt es etwa heute in weiten Teilen Nordpolens Städte und Dörfer ohne einen einzigen Betrieb. Und es gibt ein hohes Ausmaß an prekärer Beschäftigung. Es stellte sich die Frage, ob es in Polen auch optimistische Haltungen oder Ansätze von Widerstand gegen die aktuelle Entwicklung gibt. Grundsätzlich sei die jüngere Generation sehr viel realistischer und konkreter als die ältere und „immun gegen große Worte“. Allerdings habe es diese Generation sehr schwer, etwas zu erreichen. Viele der jüngeren Menschen in Polen leben nahe am Existenzminimum und haben keine feste Arbeit. Eine positive Entwicklung sei in jedem

Fall die erwähnte anarchistische Gewerkschaft, die sehr aktiv auf der Ebene praktischer Umsetzung und Vernetzung sei und im Grunde Aufgaben der Sozialbehörden wahrnehme. Ein positiver Aspekt sei sicherlich auch die grüne Partei, die aber nicht über 2% der Wähler/innen-Stimmen hinauskomme.

Gefragt wurde schließlich, ob es in Polen eine Diskussion über einen Beitritt zum EURO gebe. Es gebe zwar Vorbereitungen für den Beitritt, aber keine öffentliche Diskussion. Umfragen oder gar ein Referendum würden zurzeit negativ ausfallen. Die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen für einen Währungsbeitritt sind noch nicht geschaffen und werden auch in den nächsten fünf Jahren nicht geschaffen, sollte die PiS die Wahlen gewinnen, weil diese sich gegen den EURO ausspricht. In Polen hat die Währung Verfassungsrang und es ist kaum abzusehen, wann entsprechende Mehrheiten für eine Verfassungsänderung zustande kommen.



Griechenland

Herausforderung der Begriffsbestimmung



Länderbericht Griechenland



Referent: Prof. Dr. Dr. Georgios Tsiakalos

Georgios Tsiakalos war lange Professor für Biologie an der Universität Bremen und ist heute emeritierter Professor der Pädagogik an der Pädagogischen Fakultät der Aristoteles-Universität in Thessaloniki. Er ist Autor zahlreicher Publikationen zu den Themen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus.

1. Länderbericht

Herausforderung der Begriffsbestimmung

Zu Beginn des Länderberichtes über Griechenland verwies Georgios Tsiakalos auf Probleme der Begriffsbestimmung und der Verständigung über ideologische Konfliktlinien. So sei er von einer deutschen Zeitschrift um einen Bericht über die Goldene Morgenröte gebeten worden. Man habe sich aber nicht auf eine Bezeichnung für die Partei einigen können. Während der Autor die Partei als „nationalsozialistische Partei“ bezeichnete wegen ihrer biologisch fundierten –nationalsozialistisch-Ideologie, verwies die Zeitschrift darauf, dass der Begriff des „Nationalsozialismus“ aufgrund der Ge-

schichte auf deutsche Parteien begrenzt sei, weil er ein deutsches Phänomen sei. Eine faschistische Partei wiederum sei die Goldene Morgenröte nicht, weil sie wenig Bezug auf faschistische, dafür aber auf nationalsozialistische Theoretiker nehme. Problematisch sei schließlich auch die Bezeichnung als „rechte“ Partei. So verwies Georgios Tsiakalos darauf, dass ihn auch der Titel der Tagung irritiert habe, weil er aus seiner Sicht konservative Parteien bezeichne.

Als weiteres Beispiel für politische Begriffsverzerungen führte er die Bezeichnung von David Cameron als „Reformisten“ an. Es gebe zunehmend ein Verständigungsproblem über politische und ideologische Einordnungen, das auch auf ein verändertes Verhältnis von Ideologie und Politik zurückzuführen sei. Wurden früher Erwartungen an die Politik von Akteuren von deren ideologischer Einordnung her abgeleitet, werde heute eine Einordnung der Akteure von ihrer konkreten Politik her vorgenommen – etwa, wenn man Parteien oder Politiker als pro-europäisch oder europafeindlich unterscheidet.

Hinzu kommt, dass mit der europäischen Ebene eine zusätzliche Ebene politischer Konfliktlinien entstanden ist, die die ideologischen Konfliktlinien überlagert und damit für zusätzliche Komplexität sorgt. So zeigt sich etwa, dass Front National die Zusammenarbeit mit der Goldenen Morgenröte ablehnt. Zugleich traten die europäischen Abgeordneten der griechischen Kommunisten aus der linken Fraktion im Europäischen Parlament aus, weil diese zu europafreundlich sei und dies wiederum nicht mit dem Verständnis linker Ideologie der griechischen Kommunisten vereinbar ist.

Politische und europäische Konfliktlinien in Griechenland

Die Überlagerung ideologischer durch europäische Konfliktlinien ist besonders relevant für das Verständnis der Entwicklung des griechischen Parteiensystems. Ausgangspunkt für dieses Verständnis ist die Wahl von 1981 – ein Jahr nach dem Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft (EG) unter der Regierung der konservativen Partei Nea Dimokratia von Konstantinos Karamanlis. Vor dieser Wahl hatte die sozialistische Partei PASOK unter Andreas Papandreou versprochen, dass Griechenland im Falle einer Regierungsübernahme unmittelbar nach der Wahl aus der EG austreten werde. Diese Position bezogen auch die griechischen Kommunisten, während die konservative Partei und die Eurokommunisten sich für den Verbleib in der EG aussprachen. PASOK (48%) und Kommunisten (15%) gewannen die Wahl deutlich, d.h. die Griechen hatten ein klares Signal für den Austritt gegeben. Dennoch trat Griechenland nicht aus der EG aus unter Verweis Papandreous darauf, dass die europäischen Staaten Griechenland umfassende finanzielle Unterstützung im Rahmen der Mittelmeerprogramme zugesagt haben.

Der Verbleib Griechenlands in der EG basierte darauf, dass Griechenland finanziell unmittelbar davon profitierte und das prägte die Haltung der Griechen zu Europa – sie nutzen die Mitgliedschaft, um stärker zu werden. Diese Haltung verfolgten beide Volksparteien in der Folge.

Mit der Finanzkrise und dem Troika-Memorandum verkehrte sich diese Erwartungshaltung nun in ihr Gegenteil. Das allgemeine Verständnis in Griechenland ist, dass die vermeintliche Unterstützung durch die europäischen Staaten dazu führt, dass

sich die wirtschaftliche Situation in Griechenland verschlechtert und die anderen europäischen Staaten, vor allem die BRD, davon profitieren. So ist im allgemeinen Verständnis der Griechen der Schuldenstand Griechenlands im Verlauf der Unterstützungsbemühungen gestiegen, da er im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt nun wesentlich höher ist. Dass dies auf das sinkende Bruttoinlandsprodukt zurückzuführen ist, ist nicht von Belang. Zugleich wird dieses Verständnis noch bestätigt durch die Rechtfertigung der Unterstützungspolitik für Griechenland durch Politiker/innen in anderen Ländern, die – wie etwa Wolfgang Schäuble – darauf verweisen, dass die europäischen Staaten durch den Zusammenhalt der Europäischen Union profitieren. Das bestärkt viele Griechen in der Haltung, dass Griechenland nicht unterstützt wird und von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert, sondern, dass Griechenland durch die anderen europäischen Staaten „beklaut“ und „versklavt“ wird und die anderen Staaten davon profitieren.

Die Rechtfertigung der Unterstützungspolitik auf europäischer Ebene verkehrt sich damit in ihr Gegenteil auf griechischer Ebene.



Vor diesem Hintergrund wurde aktuell die Konfliktlinie Pro- vs. Contra-Troika dominant über alle anderen politischen und ideologischen Konfliktlinien. Diese neue Konfliktlinie hat zu einem dramatischen Wandel des Parteiensystems geführt. Die Wählerstimmen-Anteile von PASOK und Nea Dimokratia, die in der Vergangenheit zusammen bei rund 85% lagen, sanken im Zuge der Finanzkrise auf rund 34%. Dagegen stiegen die von Syriza in zwei Jahren von 4% auf fast 30%.

Die Goldene Morgenröte gewann im Zuge der großen Demonstrationen vor drei Jahren überhaupt erst an Relevanz. Bis zu diesem Moment lag ihr Anteil an Wählerstimmen bei etwa 0,1%. Im Zuge der Demonstrationen gelang es ihnen, durch radikale Forderungen wie die nach der Abschaffung des Systems oder dem Anzünden des als „Bordell“ bezeichneten Parlamentes eine Zustimmung von 6,5% der Wählerstimmen zu erreichen. Dadurch hatten sie nicht eine neue rechtsextremistische Stimmung in Griechenland erzeugt. Vielmehr ersetzten sie die bisher im Parlament sitzende rechtspopulistische Partei und radikalisierten deren Wähler/innen. Die aufgrund der Wahlerfolge gewährte staatliche Unterstützung eröffnete der Goldenen Morgenröte in der Folge neue Handlungsspielräume.



Die Konfliktlinie Pro- vs. Contra-Troika bestimmt auch über die Parteigrenzen hinweg die Politik. Abgeordnete – unabhängig von welcher Partei – die



für das Troika-Memorandum gestimmt haben, werden als Verräter bezeichnet.

Die Konfliktlinie wirkt sich auch auf die ideologischen Lager auf der europäischen Ebene aus, wodurch die Komplexität weiter zunimmt. So wurde etwa von der deutschen Linken im Zuge des Europawahlkampfes eine einmalige Vermögensabgabe für Millionäre gefordert, um die Finanzkrise zu bekämpfen. Syriza übernahm zwar alle anderen Forderungen, aber nicht diese. Es hat sogar Artikel von hohen Kadern die die Vermögensabgabe (auf Deutsch geschrieben!) als eine Hitler-Erfindung zur Enteignung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, die heute von Merkel mit der Absicht propagiert wird, die Völker Südeuropas weitgehend zu enteignen. Hintergrund dessen ist aber auch, dass aufgrund der rudimentären Rentenabsicherung in den südeuropäischen Ländern die Altersvorsorge zu einem großen Teil durch das Ansparen von Vermögen bzw. den Erwerb von Immobilien erfolgt und die Menschen daher Sorge hatten, durch eine Vermögensabgabe belastet zu werden.



Ideologie der Goldenen Morgenröte

Georgios Tsiakalos verwies darauf, dass nationalsozialistische Parteien im Kommen und das größte Problem Europas seien. Zwar seien auch rechtspopulistische Parteien ein großes Problem. Allerdings bewegten die sich im Rahmen des Systems, unterstützten damit aber zugleich die Etablierung der nationalsozialistischen Parteien, indem sie ihnen den Boden bereiteten.

Dafür kann die griechische Entwicklung als Beispiel dienen, denn die Goldene Morgenröte trat an die Stelle der rechtspopulistischen Partei, wurde durch die gleichen Wähler/innen gewählt, die zuvor die rechtspopulistische Partei gewählt hatten, erreichten darüber hinaus aber auch Zugewinne durch ihre nationalsozialistische Ideologie, d.h. sie erreichten im Endeffekt eine Radikalisierung des rechtspopulistischen Wähler/innen-Potenzials. Die Goldene Morgenröte hat sich von Anfang an auf Hitler berufen. Ihre Forderungen sind teilweise identisch mit denen der NSDAP. Sie stützen sich dabei teilweise auf ähnliche Diskurse wie die Linken – etwa im Hinblick auf die Globalisierung. Linke wie Rechte befürchten die Folgen der Globalisie-

rung für kleine Länder und Arbeitnehmer/innen. Allerdings fokussiert die Goldene Morgenröte dabei im Unterschied zur Linken auf die Migrationsproblematik und die „Zersetzung“ des rassistisch-völkischen Zusammenhalts. Sie sieht eine Weltverschwörung, die die freie Migration fördert, was wiederum griechische Arbeitnehmer/innen unter Konkurrenzdruck bringt und die nationale Identität „aushöhlt“. Im Unterschied zu den Rechtspopulisten nehmen sie dabei direkten Bezug zum Rassenzusammenhalt. Während die Rechtspopulisten die finanziellen Belastungen durch Migration und Integrationsanstrengungen hervorheben, stellt die Goldene Morgenröte die biologische Belastung durch die Unterhöhlung der Rasse in den Vordergrund, die bewusst von anderen Staaten vorangetrieben wird, um die Griechen zu zersetzen.

Das Jahr 1789 wird von den Mitgliedern der Goldenen Morgenröte als „das verfluchte Jahr“ bezeichnet, weil es die Französische Revolution und den Grundsatz der Gleichheit der Menschen brachte. Aus der Sicht der Goldenen Morgenröte könne es aber keine gleichen Rechte für alle geben, weil die Menschen von Natur aus biologisch unterschiedlich disponiert seien.

Der Rassismus der Goldenen Morgenröte war auch der Grund, warum es der Partei nicht gelang die griechisch-orthodoxe Kirche in eine nationale Allianz einzubinden, obwohl diese sehr national ausgerichtet sei. Denn die orthodoxe Kirche hat sich als erste kirchliche Institution im Jahr 1872 im Rahmen einer Synode in Konstantinopel gegen Rassismus auf biologischer Basis ausgesprochen: Nationalismus der auf der Grundlage von Rasse entsteht, wurde zur Häresie erklärt, weil er Menschen aufgrund ihres Anderseins unterschiedlich bewertet und einstuft. Im Angesicht Gottes seien

aber alle Menschen gleich. Wegen dieses Grundsatzes wird von nationalsozialistischen Ideologen das Christentum als „Bolschewismus des Altertums“ bezeichnet. Auch die Demokratie ist in der Perspektive der Goldenen Morgenröte eine unnatürliche Lebensform, da sie von der Gleichheit der Menschen ausgehe.

Griechenland steht also vor einer nationalsozialistischen Herausforderung, wobei der Rechtspopulismus der Wegbereiter ist.

2. Diskussion der Situation in Griechenland

Diskutiert wurde, welche Rolle die Gewerkschaften in Griechenland im Kampf gegen Rechtsextremismus spielen. Georgios Tsiakalos verwies darauf, dass die griechischen Gewerkschaften im Vergleich zu den deutschen Gewerkschaften kaum über finanzielle Mittel verfügen, und somit wenig Macht und Einfluss haben. Ihre Funktionäre und Interessenvertreter/innen werden oft pauschal diffamiert, durch gezieltes Hervorheben von Fällen, in denen Gewerkschaftsvertreter Vorteilsnahmen verschiedener Art genießen. Eine starke Ausdifferenzierung der tariflichen Bedingungen unterhöhlt zudem die Solidarität der Arbeitnehmer/innen.

Aus deutscher Perspektive stellt sich die Frage, inwiefern in einem Land, das unter den deutschen Nationalsozialisten so gelitten hat wie Griechenland, eine Partei erfolgreich sein kann, die einen unmittelbaren Bezug zur NSDAP nimmt. Georgios Tsiakalos erklärte, dass es in Griechenland immer einen entsprechenden Anteil der Bevölkerung gegeben habe, der der nationalsozialistischen Ideologie nahe stehe, der aber zeitweise durch andere Parteien aufgefangen werde. Der Bezug zum deutschen Nationalsozialismus habe seine Grundlage

auch in den griechischen Kollaborateuren während der Besatzungszeit. Diese hatten sich auch an SS-Verbrechen beteiligt. In der Nachkriegszeit seien sie zunächst verurteilt, dann aber wieder amnestiert worden, um im Bürgerkrieg gegen die Kommunisten zu kämpfen. Der Antikommunismus legitimierte also die Integration von griechischen Nationalsozialisten.

Länderübergreifend wurden schließlich ursächliche Faktoren für das Erstarken nationalsozialistischer bzw. rechtsextremer Parteien diskutiert. Hervorgehoben wurde zum einen, dass die neoliberale Wirtschaftspolitik eine sozialdarwinistische Denkweise fördere und damit eine wichtige Grundlage für das Erstarken des Nationalsozialismus ist. Auch soziobiologische Denkmuster erfahren in jüngerer Zeit eine Renaissance, die einen biologisch fundierten Rassismus fördern.

Schließlich verdeutlichten auch die Aufstände von Jugendlichen in verschiedenen europäischen Ländern bereits vor der Finanzkrise einen Vertrauensverlust in verkrustete und klientelistische politische Systeme, der eine Grundlage für rechtsradikale Haltungen darstellt.



Impressionen 2



Länderbericht Deutschland



Referent: Apl. Prof. Dr. Benjamin Ortmeyer

Benjamin Ortmeyer ist außerplanmäßiger Professor und leitet die Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Er habilitierte zur Kontinuität von bekannten Pädagogen der NS-Zeit, deren Karriere nach 1945 sich fortsetzte, als sei nichts gewesen. 2006 während der WM löste er mit der GEW-Broschüre „Argumente gegen das Deutschlandlied“ eine heftige Debatte um die deutsche Nationalhymne aus. Aktuell erarbeitet er für die HBS und die IG Metall eine Studie über NS-Propaganda gegen die Arbeiterbewegung nach 1933.

1. Länderbericht Deutschland

Der Länderbericht für Deutschland stellte die große Bandbreite rechter Ideologien, der politischen Kräfte und deren Handlungen seit dem 8. Mai 1945 dar. Das Kriegsende war ein Schnitt und der Beginn der Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus startete bereits 1949 mit der Problematik, dass mit Artikel 16 Absatz 2 Satz 1 GG bestimmt wurde, dass kein Deutscher an das Ausland ausge-

liefert werden darf, was verhinderte, dass deutsche Kriegsverbrecher und Nazi-Kollaborateure in anderen Ländern vor Gericht gestellt wurden. Dies war Ausdruck einer Geschichte der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen als Schutzorganisationen für alte Nazis und Nazi-Kollaborateure, die in den Institutionen noch in wichtigen Positionen waren. In dem Input wurden die Strukturen rechter Politik in Deutschland herausgearbeitet. Dabei spielte eine Rolle, wie die verschiedenen Gruppierungen Argumente in den Vordergrund stellen, welche Selbstdarstellung und Marketing-Strategien sie verfolgen. Wichtig ist auch, herauszuarbeiten, wie die Konkurrenz unter den Gruppen zur Verschleierung des eigentlichen Problems beiträgt. Ein weiterer wichtiger Aspekt des Inputs war, welche Gegenkräfte entstehen und welche Motive diese haben.

NS-Bewegung heute

Die NS-Bewegung wurde in der Nachkriegszeit zunächst durch Tarnorganisationen wie Soldatentreffen – regelmäßige Treffen von SS-Einheiten - und alte Herren in Burschenschaften getragen. Bis heute folgten dann Parteien und Gruppierungen wie NPD, Freie Wähler, die Initiative Pro Köln, Republikaner. In den 1990er Jahren differenzierte sich die Szene weiter aus – auch durch Freie Kräfte und Kameradschaften, die auf der Grundlage von Namensänderungen versuchten, die Bewegung auf der Straße voranzutreiben.

Unterschätzt wird oft, dass es trotz der Ausdifferenzierungen in der rechten Szene zwei zentrale Zeitungspublikationen gibt: Die Junge Freiheit, deren Zielgruppe eher dem akademischen Bereich angehört; und die Deutsche Nationalzeitung. Insbesondere letztere hat großen Einfluss darauf, wie in der Öffentlichkeit vorgegangen wird und welche

Deutschland

Vom NSU bis...: Nazi-Morde, Nazi-Terror, Nazi-Ideologie und die „rechte Mitte der Gesellschaft“



Themen aufgegriffen werden. Die Deutsche Nationalzeitung war früher stärker, hat aber immer noch eine Auflage von 44.000 Stück. Ihr Einfluss wird oft unterschätzt.



Nazistische Ideologie heute

Die nazistische Ideologie stellt sich weniger als ein in sich geschlossenes Weltbild dar, als vielmehr ein Konglomerat verschiedener Elemente:

- **Rassismus:** Theoretische Grundlage für den Rassismus ist der Biologismus, der nicht notwendig zu Rassismus führt, aber die Möglichkeit bietet, die Menschen in Rassen aufzuteilen, was dann von den Nationalsozialisten politisch umgesetzt wurde. Auf dem Boden des Rassismus wurden weitere Elemente der NS-Ideologie genutzt.
- **Nationalismus und völkisches Denken:** Nationalismus und völkisches Denken sind die wirkungsvollsten Elemente nazistischer Ideologie. Eine positive Selbstdarstellung Deutschlands war der wesentliche Faktor für den Erfolg der Nationalsozialisten in den 1930er Jahren. Die Betonung des Deutschen ist auch heute noch Kernbestandteil von Nazi-Ideologien.
- **Antisemitismus:** Antisemitismus ist ein weiterer Kernbestandteil sowohl des historischen Nationalsozialismus' als auch aktueller Ideologien – wenn es mittlerweile auch Fraktionen gibt, die den Antisemitismus nicht in den Vordergrund stellen. Ein Beispiel dafür ist etwa der Norweger Anders Behring Breivik. Dennoch bleibt der Antisemitismus ein Kernelement nazistischer Ideologien, da er ein Gegenbild zur deutschen Nation aufbaut.
- **Antikommunismus und Demokratiefeindlichkeit:** Besonders in der nationalsozialistischen Propaganda nach 1941 war der Antibolschewismus vorherrschend. Er wurde dabei – nicht zuletzt unter ständiger Anprangerung „des Juden“ Karl Marx - systematisch mit dem Antisemitismus verknüpft, um die Arbeiterbewegung zu diskreditieren. Nicht-jüdische Personen der Arbeiterbewegung wurden dabei als „Judengenossen“ bezeichnet. Demokratiefeindlichkeit ist ein weiteres Kernelement in dem Ideologiekonglomerat. Das ist auch heute noch ein zentrales Problem: Demokratische Lebensformen enden vor der Universität, der Schule und dem Betrieb.
- **Verleugnung, Verharmlosung, Verherrlichung des Nationalsozialismus:** In dieser Hinsicht gibt es deutliche Unterschiede darin, wie sich verschiedene Gruppierungen „marketingmäßig“ in der Öffentlichkeit präsentieren. Es gibt Verleugner von NS-Verbrechen, Gruppierungen, die sich offen darauf berufen, und solche, die sie relativieren. Die Haltung zum historischen Nationalsozialismus ist ein wichtiger Indikator für unterschiedliche Selbstdarstellungen verschiedener Gruppierungen.
- **Anti-Islam:** Die anti-islamische Bewegung ist eine wichtige neue Entwicklung. Die Abgrenzung vom Islam dient rechten Gruppierungen als Ansatzpunkt, um Zugang zu Menschen zu bekommen.

Beispiele für solche Gruppierungen sind Pro-NRW und Pro-Köln.

Die ideologischen Elemente und ihr Zusammenspiel ändern sich – das haben Langzeitstudien gezeigt – im Lauf der Zeit. Gemeinsamer Kern bleibt jedoch immer der Nationalismus mit einer rassistischen Grundkomponente, d.h. ein Nationalismus, der sich nicht vorrangig gegen Menschen aus Ländern wie bspw. Österreich oder Schweden richtet.

Organisationen

Die NPD ist besonders in den 1960er Jahren sehr massiv hervorgetreten, was nicht zuletzt auch durch die Parteienfinanzierung gefördert wurde. In den 1990er Jahren hat sie einen Modernisierungsprozess durchlaufen und Zugänge zu rechten Jugendkulturen gefunden. Dadurch konnte sie ihr Image als Altherren- bzw. Altnazi-Partei ablegen.

Freie Kameradschaften gehen davon aus, dass man Jugendliche weniger durch Parteiorganisationen begeistern kann als durch Erlebnisse. Sie setzen daher vorrangig auf gemeinsame Erlebnisse wie Konzerte, Fahrten, aber auch Schlägereien. Sie sind vor allem an Schulen aktiv und versuchen besonders im ländlichen Raum Jugendliche anzusprechen. Sie haben sehr hierarchische Strukturen und sehen ihr Vorbild v.a. in der SA und deren militantem Auftreten. Autonome Nationalisten sind ein ähnliches Phänomen wie die Freien Kameradschaften. Sie setzen verstärkt auf Musik, Mode und Lifestyle, greifen neue Themen wie etwa Tierschutz auf, geben sich „national und sozialistisch“ und imitieren in Parolen und Aussehen die Linken, geben sich gar „antikapitalistisch“. Gleichzeitig arbeiten sie in Bürger-Initiativen mit, um sich gesellschaftlich zu verankern. Die vorgestellten Strukturen existieren alle noch. Die Organisationsstrukturen

zeigen dabei eine große Dynamik an Neugründungen – teilweise aufgrund von Verboten, teilweise aufgrund persönlicher innerorganisatorischer Konkurrenz.



Bei den heutigen Zusammenhängen stehen in der öffentlichen Debatte aktuell der NSU und seine Helfer – wie die Weißen Wölfe, Freie Kameradschaften, Hammerskins – und die wichtige Frage danach, inwieweit der Staatsapparat solche Gruppierungen fördert, im Vordergrund. So wurde etwa der Thüringer Heimatschutzbund über einen Zeitraum von fünfzehn Jahren mit Verfassungsschutzgeldern aufgebaut.



Wichtig war auch die Rolle von Staatsorganen bei der Entwicklung von DVU und NPD, wo persönliche Kontakte zu den Behörden bestanden. Neue Organisationsstrukturen sind vor allem mit der AfD entstanden sowie den „Pro-Parteien“.



Auch hat sich das traditionelle Themenfeld rechts-extremer Gruppierungen bzw. Diskurse erweitert. Zentrales Thema aller neuen Gruppen ist die Asylpolitik. Hinzu kommt noch etwa der spezifische Antisemitismus, den Martin Walser mit seiner Polemik gegen die „Auschwitzkeule“ in der Öffentlichkeit lanciert hat sowie die pseudoakademische, soziobiologisch-(eu)genetisch daher kommende Hetze Thilo Sarrazins gegen Muslime und Hartz-IV-Empfänger/innen, gegen „schlechte Gene“ und für die Aufzucht „guter Gene“. Dies sind neue Themen jenseits des traditionellen Themenspektrums.

Insgesamt ist die rechte Szene heute durch eine große Unübersichtlichkeit und Dynamik gekennzeichnet. Zudem differenzieren sich unterschiedliche Strategien für verschiedene Zielgruppen aus. Neu ist v.a. eine Strategie, die auf das Establishment ausgerichtet ist und durch Thilo Sarrazin und die AfD verkörpert wird.

Das aktuelle nazistische Weltbild ist nicht geschlossen. Vielmehr werden soziale Argumentationslinien mit nationalen verknüpft. Themen wie Asylrecht und Europa stehen im Vordergrund. In der AfD werden auch Familie und die Feindschaft gegen Nicht-Heterosexuelle zum Thema gemacht. Judenfeindschaft und Muslimfeindschaft sind zentrale Themen. Besonders das christliche Abendland taucht aktuell immer wieder in der Programmatik auf.

Eine aktuell sehr gefährliche Entwicklung ist, dass Nazis versuchen, ihre Kader im Rahmen von militärischen Konfliktherden ausbilden zu lassen. Dies ist bereits in Kroatien und in Palästina geschehen. Aktuell gibt es Bestrebungen einer militärischen Ausbildung bei russischen und ukrainischen Rechten, die sich an den alten Nazi-Kollaborateuren orientieren. Aber auch die ISIS ist ein Thema. Der darin steckende Widerspruch wird dadurch überbrückt, dass etwa Muslime in ihren Heimatlän-

dern für die deutschen Nazis kein politisches Problem darstellen, sondern hier deren Feindschaft zu den USA bzw. Israel die Grundlage einer Koalition bildet.



Mit den gezielten Morden durch die NSU erhielt die Gewalt der Nazis eine neue Qualität. Waren die Überfälle der Nazis vorher v.a. durch mörderische Brandanschläge, Pogrome wie in Rostock-Lichtenhagen oder brutale, oft genug mörderische Schlägereien gekennzeichnet, zeigten die gezielten Morde der NSU eine neue Dimension. Allerdings ist diese nicht ganz neu. So hatte die Wehrsportgruppe Hoffmann mit ca. 400 Mitgliedern bereits in den 1980 Jahren Anschläge durchgeführt und ermordeten am 19. Dezember 1980 mit gezielten Schüssen den jüdischen Verleger und Rabbi Shlomo Lewin und seine Lebensgefährtin.

Oft übersehen wird die Verbindung der Nazis und ihres Umfelds zum kriminellen Milieu. Sie spielen eine wichtige Rolle im Methamphetamin-Handel sowie in der Prostitution. In bestimmten Gegenden ist das kriminelle Geschäft fest in der Hand von Nazis. Dabei kooperieren sie teilweise mit den Hells Angels.

Die AfD stellt eine wichtige Entwicklung in der rechten Szene dar. Sie stellt den Europagedanken mit dem Hinweis auf den Verlust der nationalen Idee in Frage und unterstreicht dies mit Zweifeln an der Einführung des EURO. Zwar versucht die Partei sich von nationalsozialistischer Ideologie und Ver-

gangenheit abzugrenzen, ist aber personell eng mit der Nazi-Szene verbunden und hat in der Jungen Freiheit eindeutig einen Verbündeten.

Die gravierendste Gefahr geht allerdings von der Verbindung der Nazi-Szene in den Staat hinein aus, die in Deutschland Tradition hat. Große Teile des Kern-Personals der Bundeswehr bestanden lange Zeit aus ehemaligen NS-Leuten. Öffentliche Aufmerksamkeit erlangte in den 1980er Jahren der Fall, dass die Luftwaffe anlässlich der Beerdigung des Nationalsozialisten Rudel eine Ehrenformation flog. Ebenfalls in dieser Tradition steht die Hohmann-Affäre: Der CDU-Abgeordnete Martin Hohmann hatte 2003 anlässlich des Jahrestags der deutschen Einheit eine antisemitische Rede gehalten und wurde im Zuge seines Parteiausschlussverfahrens öffentlich durch den KSK-Brigadegeneral Reinhard Günzel unterstützt. Auch die Verbindung von BKA, Verfassungsschutz, Militärischem Abschirmdienst, Polizei und NSU sind kein Zufall. Sie steht in einer traditionell engen Bindung von Nazi-Eliten in militärischen Einheiten, die auf ideologischen Anknüpfungspunkten und der bewussten Infiltration militärischer Organisationen durch Nazis beruht.



2. Diskussion der Situation in Deutschland

Im Rahmen der Diskussion der Situation in Deutschland wurde diskutiert, welche Rolle Geschlechterrollen in der Propaganda der Nazis und der Rechten überhaupt spielen. Benjamin Ortmeier unterstrich, dass dies ein wichtiges Thema sei, das aber in den politischen Programmen und der Propaganda nicht in den Vordergrund gestellt werde. Hier sei eher das Thema Homosexualität relevant. Traditionelle Geschlechterrollen würden gelebt, aber meist nicht in der öffentlichen Debatte diskutiert. Eine Ausnahme sei dabei jedoch die AfD, in deren Programmatik die Förderung eines traditionellen Geschlechterrollen-Modells eine zentrale Rolle spiele. Andere Gruppen stellen es nicht so sehr in den Vordergrund. Die NPD habe mittlerweile eine Frauenorganisation. Zudem gab es in Freien Kameradschaften Auseinandersetzungen zwischen Frauen, die sich am aktiven Kampf beteiligen wollten und Männern, die das ablehnten.

In der Diskussion wurde darüber hinaus über antifaschistische Initiativen an Dresdner Schulen berichtet, die abgebrochen werden mussten, weil sie auf ein gefestigtes nationalsozialistisches Weltbild bei den Schüler/innen trafen.

Auf die Frage, wie damit umzugehen sei, verwies Benjamin Ortmeier auf drei Ansätze: (1) Die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und der NS-Ideologie muss als fester Bestandteil in der Lehrer/innen-Ausbildung verankert werden. Die Ausbildung muss gewährleisten, dass jede/r Lehrer/in sich in kompetenter Weise mit der NS-Zeit und den Elementen der NS-Ideologien auseinandersetzen kann. Zwar sei die beschriebene Situation im Kern ein gesellschaftliches Problem, allerdings zeige sie auch, dass manchmal ganze Lehrkörper versagt

haben. (2) Antifaschistische Initiativen im Schüler/innen- bzw. Jugendbereich müssen unterstützt werden. (3) Es müsse Aufklärung über die NS-Zeit betrieben werden, etwa indem in Projektgruppen die Geschichte der jeweiligen Schule und die der deportierten Schüler/innen recherchiert wird, ohne die Aktivisten der rechten Schüler/innen direkt anzugreifen.



Der Austausch verdeutlichte weiterhin, dass sich die Zielgruppe rechter Gewalt im Laufe der Zeit offenbar verändert hat. Waren es in den 1990er Jahren noch v.a. Flüchtlinge – wie etwa in Rostock-Lichtenhagen, waren die Opfer des NSU überwiegend Geschäftsleute und Kleinunternehmer – Migrant/innen also, die sich relativ erfolgreich integriert hatten. Diese Verschiebung der Zielgruppen rechter Gewalt deutet darauf hin, dass sich Recht und Nazis zunehmend in einem Abwehrkampf befinden. Dieser Punkt war allerdings umstritten bzw. wurde widersprüchlich diskutiert. Denn man kann es auch als Angriff auf den Kern des erfolgreichen Modells einer multikulturellen Gesellschaft interpretieren. Und dass die Zielgruppe rechter Gewalt sich von ausgegrenzten Flüchtlingen zu integrierten und erfolgreichen Geschäftsleuten verschoben hat,



spricht nicht unbedingt für Rückzugsgefechte der Nazis, sondern kann auch als Weiterentwicklung der Strategie verstanden werden. Wobei darauf hingewiesen wurde, dass die Bekämpfung der kulturellen Vermischung einer Gesellschaft, das zentrale Ziel rassistischer Ideologien ist.

Diskutiert wurde auch, ob sich rechte Diskriminierung in einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft noch entlang biologisch-ethischer Grenzlinien bewegen könne bzw. damit Schwierigkeiten bekommen und etwa das Beispiel Sarrazin oder die so genannte „Rekrutierung ausländischer Fachkräfte“ darauf hinweisen, dass zunehmend auch Nützlichkeitskriterien bei der rechten Diskriminierung eine Rolle spielen.

In der Diskussion wurde auch auf so genannte Mittelaltermärkte als Quelle und Forum rechtsextremer Haltungen hingewiesen, in deren Rahmen

archaisch rechte Weltbilder reproduziert würden und die durchaus Parallelen zum Ansatz der Wiking-Jugend aufweisen. Abschließend wurde festgehalten, dass es Teil einer Strategie gegen rechte Politik sein müsse, dass man dem zunehmend durchökonomisierten Gesellschaftsmodell in Europa und dem damit einhergehenden Werteverlust eigene Gesellschaftsvorstellungen entgegensetzen müsse.

multikulturelle
Gesellschaft

Österreich

Rechtsextremismus in Österreich



Länderbericht Österreich



Referent: Julian Bruns

Julian Bruns lebt in Wien, ist Autor und promoviert zur Zeit zum Thema „Faschistische Literatur in Nordeuropa 1918-1940“. Gemeinsam mit Kathrin Glösel und Natascha Strobl ist er Autor des 2014 erschienenen Buchs „Die Identitären: Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa“.

1. Länderbericht

Der Begriff des Rechtsextremismus in Österreich
Der Länderbericht für Österreich startete mit dem notwendigen Verweis auf Unterschiede im Verständnis des Begriffs „Rechtsextremismus“ in Deutschland und Österreich. Die Definition des Begriffes in Deutschland ist im Sinne des Schutzes der Verfassung und des politischen Systems stark an der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung (FDGO) orientiert. Als „extremistisch“ werden dementsprechend Parteien, politische Gruppierungen und Bewegungen definiert, deren politische Ziele und Aktivitäten sich gegen die FDGO richten. Unter diese Definition fallen damit sowohl linke wie rechte Parteien. Die Definition richtet sich vor allem daran aus, ob sich die Parteien innerhalb oder außerhalb

des politischen Systems bewegen. Darauf bauen die Extremismustheorie und die Extremismusklausel¹ auf.

Diese Definition gibt es in der Form in Österreich nicht, weil es in Österreich keine Freiheitlich Demokratische Grundordnung gibt. Daher wird der Begriff „Rechtsextremismus“ inhaltlich anhand bestimmter Merkmale definiert:

- Antiegalitarismus: Darunter versteht man die Behauptung natürlicher Ungleichheit zwischen verschiedenen Ethnien, „Kulturen“ oder „Rassen“, die von Natur aus unterschiedlich seien, was auch immer so bleiben werde. Dem liegt ein antiegalitäres Bild der Menschen zugrunde.
- Idee der Volksgemeinschaft/ völkischer Nationalismus: Die Bestimmung, wer zu einer Nation gehört, ist von der Abstammung abgeleitet.
- (kultureller) Rassismus/ (codierter) Antisemitismus: Unter kulturellem Rassismus versteht man eine Art „modernisierte“ Spielart des Rassismus, die nicht (alleine) auf biologistischen, sondern (auch) auf kulturellen Zusammenhängen aufbaut, aber dieselben Konsequenzen hat, nämlich die Ausgrenzung aufgrund optischer Merkmale. Der Antisemitismus in Österreich tritt häufig in einer codierten Form auf, da ein offener Antisemitismus gesellschaftlich geächtet ist.

Der Begriff des „Rechtspopulismus“ wird in Österreich – insbesondere im Hinblick auf die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) - oft verharmlosend gebraucht, indem er auf populistische Strategien reduziert wird, die mit vereinfachten Interpretationen oder Forderungen versucht, die Menschen „abzuholen“. Dies trifft auf die FPÖ zwar durchaus zu,

sie erfüllt aber auch die anderen oben genannten Merkmale. Ein besonderes Abgrenzungskriterium ist dabei das Verhältnis zum historischen Faschismus bzw. Nationalsozialismus, zu dem die FPÖ ein ambivalentes Verhältnis hat, da sie sich nicht klar davon abgrenzt. So kommen aus der Partei häufig öffentliche Äußerungen, die darauf abzielen, dass in der Zeit des Nationalsozialismus „nicht alles so schlecht gewesen“ sei bzw. es nicht so gewesen sei, wie es vermittelt wird. Ein Beispiel dafür ist die Äußerung Jörg Haiders, dass die nationalsozialistische Beschäftigungspolitik nicht schlecht gewesen sei. Anton Pelinka vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) kommt somit zu dem Schluss, dass es sich bei der FPÖ um eine rechtsextreme Partei handelt.²

Geschichte der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)

Die FPÖ steht stellvertretend für den Rechtsextremismus in Österreich, weil sie das rechtsextremistische Lager weitgehend als großes Sammelbecken für rechtsextremistische bzw. neonazistische Gruppen integriert. Das zeigt sich spätestens in der dritten Reihe der FPÖ oder in den Vorfeldorganisationen wie dem „Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ)“. Die Geschichte der FPÖ zeigt eine besondere Entwicklung. Sie wurde zunächst als „Verband der Unabhängigen (VdU) 1949 gegründet und zeigte eine deutliche Kontinuität zum Nationalsozialismus, da viele ehemalige NSDAP-Mitglieder am VdU beteiligt waren. Daher wurde der VdU auch von den Alliierten verboten. 1955 wurde dann die FPÖ gegründet, die aus dem VdU hervorgegangen ist. Erster Obmann war der ehemalige SS-Brigadeführer Anton Reinthaller. Bis heute gibt es personelle und ideologische Überschneidungen mit dem Neonazismus.

Die FPÖ verortet sich selbst in der Tradition des dritten – deutschnationalen - Lagers neben dem sozialdemokratischen und christlich-sozialen Lager, das programmatisch auf Georg Ritter von Schönerer ins 19. Jahrhundert zurückreicht und den biologischen Antisemitismus im deutschsprachigen Raum verbreitet hat.

Im Parteiensystem Österreichs war die FPÖ zunächst lange Zeit eine Kleinpartei neben den beiden großen Parteien Sozialistische (seit 1991 Sozialdemokratische) Partei Österreichs (SPÖ) und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), die die FPÖ aber nicht isolierten bzw. als „Schmuddelkind“ ignorierten. In den 1980er Jahren hatte sich in der FPÖ für kurze Zeit ein liberaler Flügel durchgesetzt, wodurch die FPÖ auch für die SPÖ regierungsfähig wurde, was 1983 zu einer gemeinsamen Regierung mit der SPÖ führte. Der Kern der Partei war allerdings immer noch deutschnational, was dazu führte, dass Jörg Haider 1986 an die Macht kommen und den Parteivorsitz übernehmen konnte, wodurch ein neuerlicher Rechtsruck erfolgte. In der Folge war die Politik der FPÖ in den 1990er Jahren durch nationalistische und rassistische Kampagnen geprägt.

Ende der 1990er Jahre leitete Jörg Haider dann einen Strategiewechsel ein, um die Regierungsfähigkeit der FPÖ durch eine Modernisierung der Partei wiederherzustellen. Diese Modernisierung beruhte dabei vor allem auf der Beteiligung von neoliberalen Quereinsteigern – wie etwa Karl-Heinz Grasser – die für mögliche Regierungspartner ideologisch unbelastet waren. In der Folge kam es zu einer Regierungskoalition mit der ÖVP in den Jahren 2000-2002 zu einer Koalition mit der ÖVP. Diese Regierungsbeteiligung sorgte dann allerdings für innerparteiliche Spannungen, die

letztlich zum Bruch der Regierungskoalition führten. Innerhalb der Partei kam es zu einem Putsch, der den deutschnationalen Flügel wieder an die Macht brachte. Der liberale Flügel spaltete sich in der Folge als „Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)“ ab, in dem sich auch Jörg Haider wiedergefunden hat. Obmann – also Vorsitzender - der FPÖ wurde 2005 Heinz-Christian Strache, der einen burschenschaftlichen Hintergrund hat. Dieser Flügel ist in der Partei mit tonangebend. Aktuell ist die Situation so, dass die Partei in den Nationalratswahlen 2013 mit 20,51% drittstärkste Kraft wurde. Ein ähnliches Ergebnis erzielte sie mit 19,72% bei den Wahlen zum Europaparlament.



FPÖ in Europa

In Europa hat die FPÖ eine wichtige Funktion als Vernetzerin der rechten Parteien durch mehr oder weniger regelmäßige Treffen. So hat sie 2013 zu einem Treffen mit Vertreter/innen des Front National, von Vlaams Belang, Lega Nord, Schwedendemokraten und der Slowakischen Nationalpartei nach Wien eingeladen. Diese Parteien haben sich später zwar in anderen Bündnissen wiedergefunden. Aber sie haben die Einladung der FPÖ letztlich doch als

so wichtig angesehen, dass sie ihr folgten. Auf Initiative der FPÖ ging auch die Bildung der rechtsextremen Fraktion „Identität – Tradition – Souveränität (ITS)“ im Europäischen Parlament 2007 zurück, der u.a. Ataka, Front National und Andrea Mussolini angehörten, die sich aber nach relativer kurzer Zeit zerstritt und auflöste.

Zahlreiche semi-offizielle Treffen auf europäischer Ebene teilweise auch mit offen nationalsozialistischen Parteien werden v.a. durch die Wochenzeitung „Zur Zeit“ organisiert, die früher die Beilage der Jungen Freiheit in Österreich war und deren Mitherausgeber das FPÖ-Mitglied Andreas Mölzer ist, der früher EP-Abgeordneter war, sich aber durch die Aussage, die EU sei ein „Negerkonglomerat“ um dieses Amt gebracht hat.

Aktuell ist es auf europäischer Ebene im Zuge einer geplanten neuen Fraktionsbildung der rechtsextremen Parteien wieder zu einer Polarisierung gekommen. Für Geert Wilders, die Schwedendemokraten, UKIP und Teile des Front National waren die Positionen der FPÖ zu rechtslastig. Interessant ist, dass es auf der anderen Seite wiederum auch innerhalb der FPÖ Kritik an einer Zusammenarbeit mit dem Front National gibt, weil dessen Positionen zu extrem seien.

Zwar gibt es zwischen den rechtsextremen Parteien auf europäischer Ebene wechselnde Allianzen. Dennoch gibt es Einigkeit im Hinblick auf bestimmte ideologische Punkte. Das sind vor allem der antimuslimische Rassismus und die EU-Feindschaft, wobei die Feindschaft zur EU sich vor allem gegen die vermeintliche Bürokratie und die EU als multikulturelles Konzept richtet, weniger aber gegen die Idee Europas. Rechtsextreme Parteien haben ihre eigenen Mythen Europas, die im Wesentlichen un-

ter den Konzepten Europa der Vaterländer, Nation Europa und Europa der Regionen firmieren. Daher richtet sich die rechtsextreme Politik nicht gegen Europa an sich wohl aber gegen die EU. Europa wird aber sehr wohl mit bestimmten rassistischen, chauvinistischen und letztlich nationalistischen Vorstellungen aufgeladen.

Ursachen des österreichischen Rechtsextremismus

Woraus erklären sich die nachhaltige Etablierung und der Erfolg der FPÖ in Österreich? Zum Einen aus einer Kontinuität rassistischer, antisemitischer und autoritärer Einstellungen. Der Grund dafür liegt zum Einen darin, dass es in Österreich im Unterschied zu Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg keine Entnazifizierung gegeben hat, was zu einer personellen Kontinuität in der Politik und zu einer Verdrängung der eigenen NS-Vergangenheit geführt hat. Hinzu kommt ein spezifischer Mythos, dass Österreich sich selbst durch den „Anschluss“ als erstes Opfer der Nationalsozialisten gesehen hat.



Dabei wird gezielt ausgeblendet, dass es schon vor dem Anschluss eine starke nationalsozialistische Bewegung in Österreich gegeben hat: es gab eine verbotene NSDAP, eine Zusammenarbeit mit bayrischen Nationalsozialisten, es kam zu nationalsozialistischen Terroranschlägen und Engelbert Dollfuß, austrofaschistischer Diktator Österreichs,

wurde von Nationalsozialisten ermordet. Rückblickend wird jedoch häufig die Opferrolle Österreichs in den Vordergrund gestellt – auch wenn sich dies seit den 1980er Jahren etwas geändert hat, dadurch dass sich die Perspektive von Historiker/innen durchgesetzt hat. Ursächlich für den Erfolg der FPÖ ist daneben ein überwiegend obrigkeitstaatliches Denken – eine Art „Untertanenkultur“ – das in Österreich vorherrschend ist. Die Menschen in Österreich sind relativ aufgeschlossen für die Vorstellung eines starken Staates. So wird beispielsweise die Tätigkeit der Polizei in Österreich kaum kritisiert. Man kann sagen, dass ein etatistisches Denken in Österreich hegemonial ist. Demgegenüber konnte sich eine liberalistische Denkweise in Österreich nie nachhaltig durchsetzen. So hat es etwa keine breite 68er Bewegung in Österreich gegeben und auch an den Universitäten spielen Burschenschaften eine weitaus größere Rolle als in Deutschland.



Damit korrespondiert die Vorstellung, dass die Gemeinschaft wichtiger ist als das Individuum. Die österreichische Gesellschaft ist eher am Ausgleich orientiert – auch am Klassenausgleich. Das äußert sich auch im Konzept der Sozialpartnerschaft, das



auf einer institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer beruht und auf gewerkschaftlicher Ebene dazu führt, dass es in Österreich so gut wie nie zu Streiks kommt. Die Konzentration auf das Einigende und die Gemeinschaft führt dazu, dass alles, was von außen kommt, als Angriff gesehen wird. Das Andere ist stets das, was die Gemeinschaft stört und soziale Konflikte werden als Angriff von außen interpretiert. Diese Grundhaltung erleichtert die Durchsetzung rechtsextremer Einstellungen. Zuwanderung und Migrant/innen werden auf dieser Grundlage als Ursache allen Übels gesehen.

Auch die Neoliberalisierung in Österreich hat dazu beigetragen, dass die Verlierer dieser Entwicklung eine Heimat bei der FPÖ gefunden haben. Dadurch dass die SPÖ sich neoliberalen Positionen angenähert und Sozialabbau vorangetrieben hat

und sich damit in gewisser Weise vom so genannten „kleinen Mann“ getrennt hat, hat sie eine populistische Lücke hinterlassen, in die die FPÖ gestoßen ist, indem sie sich als „Soziale-Heimat-Partei“ inszeniert hat und nun insbesondere in proletarischen Schichten als glaubwürdiger angesehen wird als die Sozialdemokraten. Insbesondere bei jungen Männern zwischen 18 und 35 Jahren haben die Sozialdemokraten dabei Wählerstimmen an die FPÖ verloren. Dabei beantwortet die FPÖ die soziale Frage jedoch in erster Linie auf eine nationale Art und Weise, da ihre Sozialpolitik in erster Linie auf der Begrenzung der Zuwanderung beruht. Gerade in der Regierungszeit hat die FPÖ gezeigt, dass sie den Sozialabbau genauso wie andere Parteien betreibt und wirtschaftsliberale Agenden hat.

Österreichische Medienlandschaft

Begünstigt wird die FPÖ auch durch die spezifische österreichische Medienlandschaft, die durch eine hohe Konzentration, geringe Meinungsvielfalt und eine zunehmende Boulevardisierung gekennzeichnet ist. Es gibt in Österreich nur wenig Verlage, die die meisten der Printmedien besitzen, so dass die Medien nur eine geringe Meinungsvielfalt aufweisen. Insbesondere aufgrund der zunehmenden Bedeutung und Vielzahl von Gratiszeitungen in Österreich kommt es daneben zu einer zunehmenden Boulevardisierung der Medienlandschaft. Die Gratiszeitungen setzen andere Printmedien zunehmend unter einen Konkurrenzdruck, der dazu führt, dass Tageszeitungen den Boulevardstil der Gratiszeitungen in zunehmendem Maße übernehmen.



Die Meinungsvielfalt der Medien in Österreich wird zusätzlich durch eine große Nähe der Printmedien und des öffentlichen Rundfunks zu den Parteien eingeschränkt, die sich u.a. in personellen Überschneidungen ausdrückt.

Von besonderer Bedeutung ist auch der große Einfluss der Kronen Zeitung in der österreichischen Medienlandschaft. Die Kronen Zeitung hat mit rund

2,7 Mio. Leser/innen bei einer Bevölkerung von rund 8 Mio. eine besondere Reichweite und ihre Berichterstattung ist geprägt durch rassistische Diskurse. So sind etwa Zuwanderung und die grenzübergreifende Kriminalität an den östlichen Grenzen Österreichs Dauerthemen und der Kolumnist Michael Jeanée etwa schrieb anlässlich der Weltmeisterschaft 2014 vom „Endsieg“ der deutschen Nationalmannschaft.

In den Online-Foren österreichischer Medien sind daneben rechtsextreme Kommentare teilweise tonangebend.

In jüngerer Zeit kommt es zu einer zunehmenden Kriminalisierung antifaschistischer Aktivitäten auch in vermeintlich liberalen Medien – wie dem Falter. Ein Beispiel dafür ist etwa die Berichterstattung zum Burschenschaftlerball 2014, in der es nur noch um die Ausschreitungen bei den Protesten gegen den Ball ging, die wiederum auf Eskalationsstrategien von Medien und Polizei im Vorfeld der Veranstaltung zurückzuführen sind.

Bemerkenswert ist auch, dass die bereits angesprochene rechtsextreme Zeitschrift Zur Zeit eine staatliche Förderung erhält.³

Aktuelle Entwicklungen

Aktuell ist die FPÖ in Umfragen stärkste Partei. Dies war sie zwar schon öfter und ist dann wieder eingebrochen. Allerdings besteht zur Zeit durchaus die Möglichkeit, dass sie die nächsten Nationalratswahlen gewinnt, da aktuell die zweite Große Koalition aus SPÖ und ÖVP in Folge regiert und die Österreicher/innen sehr unzufrieden mit der Regierung sind.

In der österreichischen Öffentlichkeit sind in jüngerer Zeit Diskurse der Ungleichheit stark verbreitet.

Ein Beispiel dafür ist die Bundeshymnen-Debatte über eine geschlechtergerechte Sprache. 2011 wurde der Text der österreichischen Bundeshymne „Österreich – Heimat bist du großer“ um den Zusatz „/ Töchter“ ergänzt, um eine geschlechtergerechte Sprache zu wahren. Anlass der Debatte war, dass der prominente österreichische Musiker Andreas Gabalier diesen Zusatz beim Singen der Bundeshymne anlässlich der Eröffnung eines Formel-1-Rennens demonstrativ weggelassen hat. Daraufhin wurde in Österreich eine intensive Debatte über geschlechtergerechte Sprache geführt, in deren Zuge rund 800 teilweise prominente Personen einen Aufruf gegen geschlechtergerechte Sprache unterzeichneten, ohne zu erkennen, dass dieser Aufruf durch eine rechtsextreme Organisation initiiert wurde.

Ein aktuelles Thema in der öffentlichen Debatte ist auch die Auseinandersetzung über den oben angesprochenen Burschenschaftlerball. Der Burschenschaftlerball ist eines der größten rechtsextremen Vernetzungstreffen in Europa, an dem zahlreiche rechtsextreme Aktivist/innen aus verschiedenen europäischen Ländern teilnehmen, um Kooperationen und Aktivitäten untereinander abzustimmen. Allerdings ist in diesem Jahr aufgrund der Proteste gegen die Veranstaltung ein deutlicher Rückgang der Besucher/innen-Zahlen zu verzeichnen.

Eine wichtige aktuelle Entwicklung ist die Entstehung einer Neuen Rechten in den vergangenen Jahren, die auf einem Mischspektrum aus dem konservativen und rechtsextremen Bereich aufbaut, was es dem Verfassungsschutz erschwert, diese Bewegung zu erfassen. Eine solche Bewegung hat es in Österreich lange nicht gegeben, weil die FPÖ alle rechtsextremen Bewegungen integriert hat.



Die Neue Rechte stützt sich in Österreich im Wesentlichen auf folgende Akteure:

- Die Identitäre Bewegung ist eine Jugendbewegung der Neuen Rechten in ganz Europa, die in Österreich sehr präsent ist und mit der FPÖ bzw. ihren Vorfeldorganisationen zusammenarbeitet.
- Andreas Unterberger ist Publizist und früherer Herausgeber der Wiener Zeitung. Er hat einen populären Blog, in dem rassistische, sexistische und homophobe Inhalte veröffentlicht werden.
- Der Wiener Akademikerbund war ursprünglich der ÖVP zugeordnet bis die Partei ihn ausschloss, weil er sich gegen das Verbotsgesetz ausgesprochen hatte, das regelt, welche Organisationen als Nachfolge der NSDAP betrachtet werden. Bei Veranstaltungen des Wiener Akademikerbundes treffen sich regelmäßig Organisationen der Neuen Rechten wie etwa die Identitären oder Monarchist/innen wie die Jungen Europäischen Studenten (JES).

2. Diskussion der Situation in Österreich

In der Diskussion der Situation in Österreich wurde zunächst auf die vergleichbare Situation des österreichischen Parteiensystems der 1980er Jahre, in denen die FPÖ zunehmend Erfolge verzeichnen konnte, mit der aktuellen Situation auf europäischer Ebene hingewiesen. In den 1980er Jahren gründete der Erfolg der FPÖ zumindest teilweise darauf, dass sie als kleine Partei das Regierungskartell aus SPÖ und ÖVP in Frage gestellt hat. Die Europäische Union wird von vielen Menschen zur Zeit ebenfalls als intransparentes Entscheidungskartell wahrgenommen und rechtspopulistische Parteien errangen bei der Wahl zum Europaparlament rund 20% der Stimmen.

Julian Bruns bestätigte die vergleichbare Situation und unterstrich, dass die Außendarstellung als kleine Partei „gegen die da oben“ anzutreten, ein Kernbestandteil der Strategie der FPÖ sei. Auf nationaler Ebene vertritt die FPÖ „die kleinen Leute“ und auf europäischer Ebene „das kleine Österreich, das sich nicht durch die großen Länder herum schubsen lassen wolle“. Die argumentativen Ebenen seien im Grunde die gleichen. Auch bei anderen rechten Parteien in Europa könne man vergleichbare Strategien beobachten.

Diskutiert wurde weiterhin das widersprüchlich Verhältnis des österreichischen Nationalismus' zu Deutschland. Einerseits sind die österreichischen Rechtsextremisten deutschnational orientiert; andererseits gebe es beispielsweise rechtspopulistische Kampagnen gegen die Verwendung bestimmter deutscher statt österreichischer Begriffe. Julian Bruns bestätigte das ambivalente Verhältnis der FPÖ zur nationalstaatlichen Orientierung. Einerseits seien die Burschenschaften – als wichtiger

Teil der FPÖ – deutschnational orientiert und die FPÖ bekennt sich in ihrem Parteiprogramm zur deutschen Sprache, Kultur und Volksgemeinschaft. Andererseits pflegt die FPÖ aber auch einen österreichischen Patriotismus und Nationalismus und versucht beide Orientierungen zu integrieren. Antideutsche Ressentiments werden in der Öffentlichkeit eher nicht gepflegt. Dort stehe der antimuslimische Rassismus im Vordergrund.



In der Diskussion kam die Frage auf, warum die FPÖ als Sammelbecken rechtsextremer Strömungen in Österreich die Identitäre Bewegung nicht bereits „geschluckt“ habe. Julian Bruns verwies dabei darauf, dass die Identitäre Bewegung als eine Art unabhängige Vorfelddorganisation für die FPÖ durchaus eine nützliche Funktion habe. Indem die Bewegung sich von parteipolitischen Aktivitäten und vom parteipolitischen Spektrum abgrenzt und eine Art Kulturkampf im vorpolitischen Feld führt, schafft sie bei potenziellen Wähler/innen der FPÖ ein Bewusstsein, das mittel- bis langfristig in konkreten Wähler/innen-Stimmen resultieren kann. Die Identitären richten sich vorrangig an Menschen, die sich selbst für eher unpolitisch halten bzw. die ihre eigene politische Position nicht unbedingt als

rechts einordnen würden. Die Identitären geben sich nach außen eher unpolitisch, transportieren im Kern aber ein rassistisches Weltbild. Auf diese Weise bereiten sie den politischen Forderungen und Zielen der FPÖ in gewisser Weise das Feld, indem sie bei potenziellen Wähler/innen ein entsprechendes vorpolitisches Bewusstsein fördern. Darüber hinaus gebe es auch personelle Verflechtungen zwischen FPÖ und der Identitären Bewegung. So hat zum Beispiel der Obmann der Identitären in Österreich bereits für die FPÖ kandidiert.⁴



Diskutiert wurde schließlich auch die Rolle der Gewerkschaften in der Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen in Österreich. Ein Teilnehmer berichtete von Erfahrungen mit österreichischen Gewerkschafter/innen, die sich zurückhaltend im Hinblick auf eine stärkere Integration von Migrant/innen in die gewerkschaftliche Arbeit gezeigt hätten und u.a. die Befürchtung geäußert hätten, dass sich dieses nachteilig auf die Mitgliederzahlen österreichischer Beschäftigter auswirken könne.

Julian Bruns erklärte dazu, dass er nicht viel über die Haltung der österreichischen Gewerkschaften wisse, was nicht zuletzt daran liege, dass die Gewerkschaften in der österreichischen Öffentlichkeit momentan kaum präsent seien – es gebe keine großen Streiks und gewerkschaftliche Forderungen werden kaum über die Medien vermittelt. Die Gewerkschaften seien aber stark an die SPÖ gebun-

den und diese habe in den letzten Jahren verstärkt versucht mit Forderungen nach einer restriktiveren Zuwanderungspolitik Stimmen von FPÖ-Wähler/innen zurückzugewinnen.

¹ Die Extremismusklausel ist eine notwendige Erklärung von Fördermittelempfängern bestimmter Bundesprogramme in Deutschland, in der diese sich zur Freiheitlich Demokratischen Grundordnung bekennen mussten. Diese Erklärung war zwischen 2011 und 2014 in bestimmten Förderprogrammen die Voraussetzung für die Förderfähigkeit von Antragstellern.

² Nachzulesen ist die Einschätzung des Politikwissenschaftlers hier: Anton Pelinka: Der Preis der Salonfähigkeit. Österreichs Rechtsextremismus im internationalen Vergleich, in: http://www.doew.at/cms/download/bvfs9/pelinka_rechtsextremismus-1.pdf

³ Ein interessantes Bonmot ist in diesem Zusammenhang die Auseinandersetzung zwischen Andreas Mölzer – dem Mitherausgeber von Zur Zeit – und dem Herausgeber der Jungen Freiheit Dieter Stein: Die Junge Freiheit wurde eine Zeit lang vom Verfassungsschutz beobachtet, was gestoppt wurde, nachdem sich die Junge Freiheit etwas moderater gab. In der Folge wollte sich Dieter Stein von der Beilage Zur Zeit trennen wegen deren Zusammenarbeit mit Parteien wie der NPD. Darauf entgegnete Andreas Mölzer spöttisch, dass die Junge Freiheit vom Verfassungsschutz beobachtet werde, während die Zeitschrift Zur Zeit staatliche Förderung erhalte.

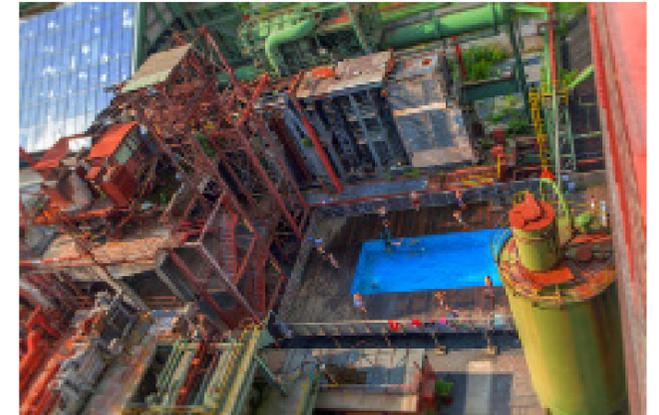
⁴ Vgl.: Paul Pant: „Die Identitären. Die ‚Neuen Rechten‘ im Aufwind“, in: <http://fm4.orf.at/stories/1707631/> (08.11.2012)

Impressionen Tag 3



Besichtigung

Zeche Zollverein - Ausstellung 1914 - Mitten in Europa



Fragen-Ergänzung-Ideen zu den Vorträgen I

Ulrike Obermayr	Christian Weis	Thomasz Polak
Flüchtlinge erfahren auch viel Solidarität in D	Gewerkschaften sind Teil des Problems! Ist das so?	Welche Ausrichtung haben die Gewerkschaften in Polen?
Antiziganismus auch ein wichtiger Bezug für Rechte in Europa!	Die Gewerkschaften in Europa müssen ihre Rollen hinterfragen!	Gewerkschaften sind nach im "Trauma des Kommunismus" gefangen
Osteuropa: Wie ist der Blick auf die Entwicklung dort?	Wie gehen wir mit AN aus dem europäischen Ausland um?	Welche Rolle spielen in der Prechten tuftsal Transclus?
Bildung gegen Rechts: Unsere VZ für Diskussion qualifizieren => Best für Rechts	Gewerkschaften müssen auch Wanderarbeiter aus Europa schützen!	Rechts-konservatives Gedankengut in den Transclus tief verankert
Das Thema als Querschnittsthema verstehen	Gewerkschaften dürfen sich nicht nur für Ökonomie stark machen!	Der Verfall der Werte und traditioneller Institutionen in Polen besonders kritisch
Respekt-Baugleichen Wörte für Seminare	6. Forderung: Schutz von Flüchtlingen	ultra-mediborale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik
	"Nicht jeder neue Arbeitsplatz muss in Deutschland entstehen!"	Gibt es eine hoffnungsvolle-widerständige Kultur in Polen?
	Europäische Wirtschaftspolitik der 1990er kann nicht nur national ausgerichtet sein!	Mit den Anarchisten gibt es eine alternative-soziale Bewegung mit junger politischem Einfluss.
	"Marshallplan" des EJB ist ein erster Schritt in einer schwierigen Debatte	Will Polen den Euro? Die Politik hat kein Interesse am Euro!
	Seminar Schritte - Arbeit sicher und fair in Europa	
	Europäische Werte sind mehr als Ökonomie: Freiheit, Toleranz,	

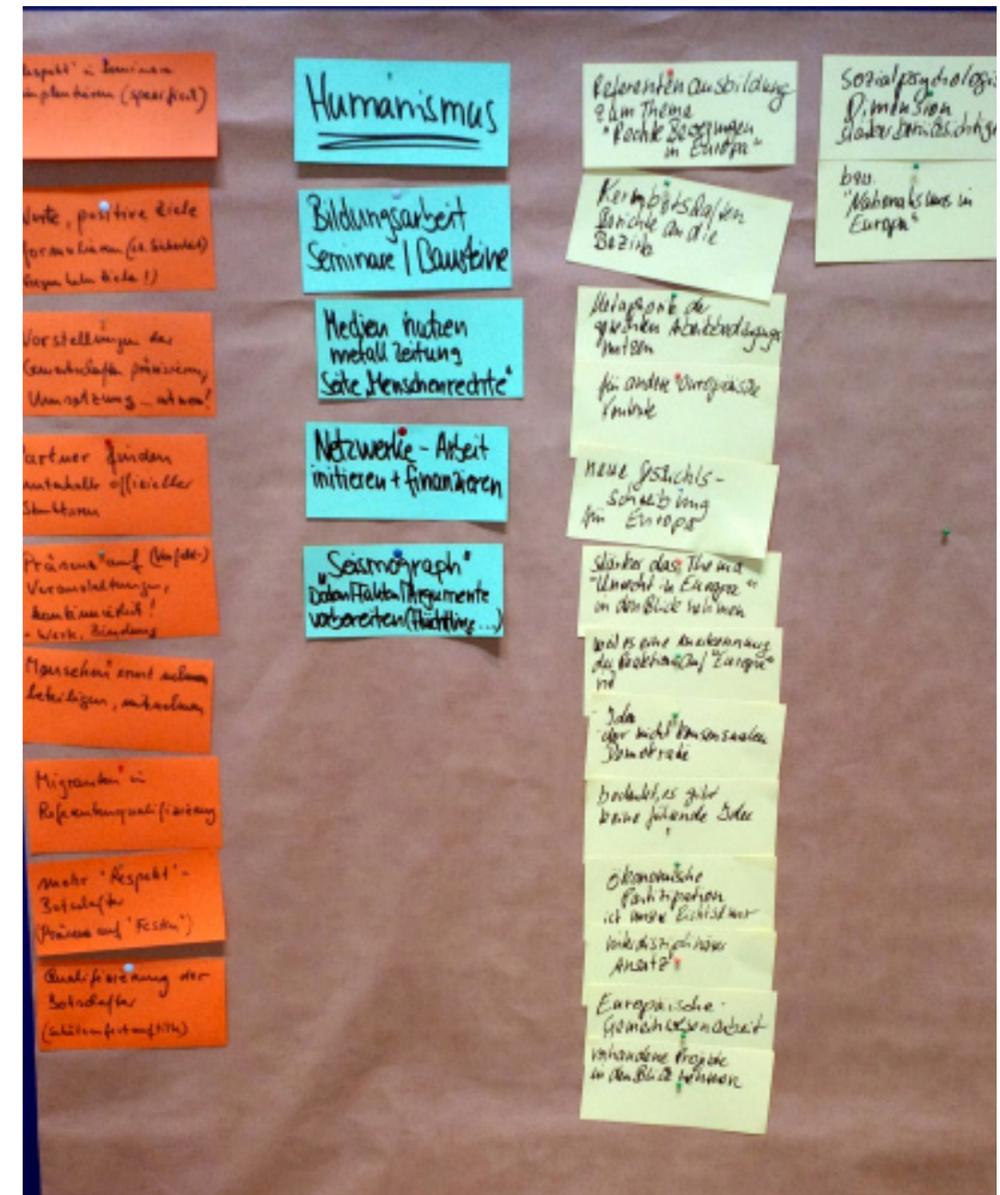
Fragen-Ergänzung-Ideen zu den Vorträgen II

Benjamin Ortmeyer	Georgios Tsiakalos	Julian Bruns
Persönlichkeitsrollen: Wie ist die Rolle der Frauen?	Welche Rolle spielen die Gewerkschaften in Griechenland?	Verantwortung der etablierten Parteien am Erfolg der FPÖ
Bei Kindern und Jugendliche teilweise ein solches NS-Weltbild	Gewerkschaften sind heute sehr schwach in Griechenland	Widersprüchliches Verhältnis zum Deutschen
Aufklärung in der Lehrerbildung nötig - aber kollektive Aufgabe!	Wie ist es möglich, dass sich Rechtsextreme in Europa auf die NSDAP und Hitler beziehen?	Identitäten werden eine Art von Kulturkampf zu gewinnen. "Vorfeld-Organisation"
Die Zielgruppen rechter Gewalt sind über die Jahrzehnte anders geworden	Es gibt viele ideologische Gemeinsamkeiten Im 2. Weltkrieg gab es in allen Ländern Kollaborateure der Nationalsozialisten	Haltung der österreichischen Gewerkschaften zu Migration/Migranten
Sind die Nazis in einem Rückzugskampf in einer "cosmopolitan Moderne"?	Sozialdarwinistische Stimmung befördert Nationalsozialismus	Gewerkschaften eng mit der SPÖ verbunden ... => SPÖ verfolgt derzeit eher restriktive Migrationspolitik
Sind die Nazis in einem Rückzugskampf in einer "cosmopolitan Moderne"?	Die politischen Eliten haben versagt, als sie die Jugendproteste vor der Krise nicht aufgegriffen haben.	Negative Erfahrungen mit Arbeit geben aus Ö
Für Nationalsozialisten ist die Mischung der "Rassen" das Problem!	Es braucht eine Anti-nationalsozialistische Bildung!	Die Entwicklung in EU beobachten und aktiv werden!
Ethnische Transkluden werden in modernen Gesellschaften durch Kriterien der Nützlichkeits ersetzt.		
Die Nationalsozialisten nutzen jedes Thema für sich! Darum ist Aufklärung über die Ziele so wichtig.		
"Mittelaltermärkte" werden von Nazis genutzt => Ergebnisse		
Opfer des NSU sind die Integrierten		

Erkenntnisse aus den Vorträgen I



Erkenntnisse aus den Vorträgen II





Impressum

Herausgeber:
IG Metall Vorstand
FB Gewerkschaftliche Bildungsarbeit
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt

Redaktion:
Benjamin Pfalz (IG Metall)
Martin Roggenkamp (CONNECTING EUROPE, Bremen)

Gestaltung:
Tiago Cardoso (Tiago Phelipe Photography, Frankfurt/Main)

Fotos:
Tiago Cardoso und IG Metall

Druck:
N.N.

